

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Mr. 6. Sonnabend, den 8. Januar 1910. 21. Jahrgang.

## Schmieding's volles Volkswahlrecht.

Der Landtagsabgeordnete Schmieding, eine Leuchte des preussischen Nationalliberalismus, teilt in der „National-Zeitung“ nunmehr mit, welches Wahlrecht er dem preussischen Volke zugebacht hat. Bisher hatte er sich darauf beschränkt, nicht nur die Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Preußen, sondern das Reichstagswahlrecht selbst zu bekämpfen, jetzt ist er dazu übergegangen, seine positiven Vorschläge für die Wahlreform in Preußen, die auch er nach seiner Versicherung für notwendig hält, bekannt zu geben. Was soll man werden, fragt er, da es mit der Einführung des Reichstagswahlrechts nichts ist, denn die Regierung will es nicht, und Minister und Nationalliberale, die die Arbeit im preussischen Abgeordnetenhaus bilden, haben gleichfalls wiederholt und auf das bestimmteste die Einführung abgelehnt. Auch das Pluralwahlrecht findet seine entschiedene Mißbilligung. „Räumt man dem Besitz und der Bildung“, so erklärt Schmieding, „einen nur einigermaßen weiten Spielraum ein, so hat man alsbald alle Mängel des gegenwärtigen preussischen Dreiklassenwahlrechts, und die breite Masse wird dauernd und mit Grund sagen, daß sie nicht ausreichend zu ihrem Rechte komme. Beschränkt man umgekehrt die Pluralstimmen auf ganz wenige Qualitäten, so werden die Wirkungen dieses Wahlrechts von dem Reichstagswahlrecht nicht sehr verschieden sein, wie auch die Erfahrungen in Belgien und Sachsen zeigen.“ Der nationalliberale Abgeordnete Schmieding sucht und will „ein volles Volkswahlrecht“.

Ein solches volles Volkswahlrecht offeriert er in der Uebertragung des Dreiklassenwahlrechts, welches zurzeit in den alten preussischen Provinzen für die Stadtverordneten-Wahlen in Übung ist, auf den Staat. „Jede der drei Wählerklassen ernannt für sich in direkter Wahl ihre Abgeordneten, in dieser Weise ist es möglich, daß jede der drei Wählerklassen ganz unabhängig und ganz unbeeinträchtigt von der anderen, die Männer ihres Vertrauens in den Vertretungskörper entsendet, und dieser gleichmäßig die drei großen Gesellschaftsklassen, aus denen sich das ganze Volk zusammensetzt, in sich aufnimmt und repräsentiert.“

Er spricht es mit dankenswerter Deutlichkeit aus, daß der hauptsächlichste Vorzug dieser von ihm vorgeschlagenen Wahlrechtsreform darin besteht, „das zu Unrecht so viel geschmälerte Dreiklassenwahlrecht dauernd zu erhalten“, jenes Dreiklassenwahlrecht, das nach der Deteuerung des nationalliberalen Führers „viel besser ist als sein Ruf“. Auch daß ihm der Ersatz des Reichstagswahlrechts durch das Selbstwahlrecht der Kommunen in den alten preussischen Provinzen als wünschenswert erscheint, läßt sich aus seinen letzten Ausführungen erkennen, findet er doch, daß die Anwendung dieses Stadtverordnetenwahlrechts auf die Reichstagswahlen den Hansastädten und den großen Industriebezirken eine allen Interessen gerecht werdende einmündige Vertretung verschaffen würde, da die erste Klasse vermutlich einem Großbesitzer oder einem Großindustriellen ihr Vertrauen zuwenden, die zweite Abteilung vermutlich einen Mann des mittleren Bürgerstandes ernennen, die dritte Klasse voraussichtlich durch die Sozialdemokratie vertreten sein würde.

Das unanständigste aller Wahlrechte soll nach dem Wunsche des Nationalliberalen Schmieding durch die Reform nicht nur konfirmiert werden, dem Großkapital und dem Junkertum soll mindestens eine Zweidrittel-Majorität durch Kontingierung unabänderlich garantiert werden. Großkapital und Junkertum sollen selbst von der Mühe der Wahl befreit werden, Schmieding selbst spricht ausdrücklich von der „Ernennung“ der Abgeordneten. Er überläßt sich förmlich in der Verherrlichung dieses Ernennungsrechtes, an Stelle eines Wahlrechtes. „Mancher hervorragende, tüchtige Mann, der im Gemeinwesen seinen Mitbürgern ausgezeichnete Dienste leistet, würde sofort von der Teilnahme am öffentlichen Leben in Staat und Gemeinde ausgeschlossen sein, bloß weil ihm Zeit und Gesundheit es nicht gestattet, die wahrlich nicht geringen Aufgaben des Wahlkampfes nach dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht auf sich zu nehmen, und weil er vielleicht auch nicht zu den sogenannten populären Männern gehört, welche die Masse von Schlage Althwards auf ihren Schild erhebt“. Die Masse vom Schlage Althwards bildet heute das Wählerium der Schmieding und Konsorten, wegen dieser Beschimpfung mögen die nationalliberalen Wähler mit den Schmieding-Deuten abrechnen. Aber zur Brandmarke der nationalliberalen Wahlreformer vom Schlage Schmieding muß hervorgehoben werden, wie viel Gaf und Verachtung gegen das preussische Volk, wie viel Dünkel und politische Trägheit aus dieser Begründung für das Verlangen eines Ernennungsrechtes von Abgeordneten der beiden ersten Wählerklassen unter Ausschluß jeder Mißleistung für die Herren erklässigen Wähler spricht.

Das Mindeste, was der Wahlrechtsreformentwurf der preussischen Regierung enthalten muß, ist nach der Forde-

rung der „Abnischen Zeitung“ die direkte Wahl und die geheime Stimmabgabe. Daß auch diese nationalliberalen Mindestforderungen von der Regierung nicht zu erfüllen beabsichtigt werden, dürfte nach den vorliegenden offiziellen Auslassungen schon feststehen. Aber Schmieding bindet sich in seinen Vorschlägen auch nicht an die geheime Abstimmung, zur dringlichen Freude der geschworenen Gegner jeder Wahlreform wiederholt er die verlogene Phrase, daß die geheime Abstimmung das Volk zur Charakterlosigkeit erziehe und eines freien und großen Volkes nicht würdig sei. Würdig aber ist eines freien, stolzen Volkes, daß die Regierung Beamte, die ihrer politischen Meinung in einer Weise Ausdruck geben, die der Junker- und Industrieherrn-Sippe nicht gefällt, durch Maßregelungen, durch Schwächung ihrer Einkommens und Vernichtung ihrer Existenz kraft und verfolgt. Wäre das preussische Volk nicht entschlossen, unter allen Umständen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen zu erkämpfen, dann könnte es angesichts der Schmieding'schen Vorschläge allabendlich bitten: „Gott, erhalte uns das alte, liebe preussische Dreiklassenwahlrecht, statt uns dieses neue Dreiklassenwahlrecht zu bescheren.“ Aber das preussische Volk wird Mittel und Wege finden, um die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen durchzuführen.

## Karl Marx in China.

Ein chinesischer Schriftsteller, Su Tschangpe, veröffentlicht, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, im Pariser „Eclair“ ein kurioses Marx-Bildnis, das vor einigen Wochen in der illustrierten Beilage einer Schanghai-Zeitung, des Hu-pao, erschienen ist. Der chinesische Zeichner hat offenbar die bekannteste photographische Aufnahme des berühmten Sozialisten als Vorlage benützt. Aber unwillkürlich hat er den Zügen des sozialistischen Theoretikers etwas Chinesisches verliehen. Die leicht gekrümmten Augen jenes Karl Marx würden seinem Chinesen zur Schande gereichen. Die imponierende Wildheit von Haar und Bart ist unter den feinen Strichen des chinesischen Künstler geschwunden. Die ganze Miene erscheint sanft, friedlich, von stiller Beschaulichkeit verklärt. Und ohne den abendlichen Gekrud und das feife Vorwärt, über welches das Monokel herunterhängt, könnte man dies Porträt, das von zierlichen Bambusmotiven in den oberen Ecken gekrönt wird, für das Bild eines — allerdings nicht bezopften — buddhistischen Philosophen halten.

Herr Su Tschangpe teilt auch den Text des chinesischen Bildes zu diesem Bilde mit. Er ist merkwürdig genug, um hier wiedergegeben zu werden. „Karl Marx“ heißt es da. „Er ist ein deutscher Soziologe und Rechtsgelehrter. Während der französischen Revolution von 1818 wurde von Marx und seinen Anhängern in London, die als den Ereignissen ihrer Jugend gezogen hatten, ein Manifest veröffentlicht. Im Jahre 1864 gründeten sie den Internationalen Arbeiterbund. Das wichtigste Buch von Karl Marx ist das Kapital. Dieses Werk hat die Grundlage des Sozialismus gelegt in allen Ländern verbreitet. Die Sozialisten, die allgemeine Weisheit für notwendig halten und sich zur politischen Partei zusammenschließen wollen, betrachten Marx als den richtigen Gründer dieser Partei. Daher findet man in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Deutschlands heute Sozialisten, deren Existenz durch die Doktrin von Karl Marx veranlaßt ist. — Marx ist 1818 geboren und 1883 gestorben.“

Nach Su Tschangpe's Versicherung wird auch das zukünftige chinesische Parlament eine sozialistische Fraktion aufzuweisen haben. In China gibt es seit einigen Jahren eine „öffentliche Meinung“, eine „politische Welt“, die immer dringender einen Anteil an der Regierung des Reiches fordert. Die Bildung von politischen Parteien war die natürliche Folge dieses Erwachens zu modernem Leben. Die „dynastischen Konservativen“, die „antidynastischen Legitimisten“, die „fortschrittlichen Republikaner“ organisierten sich zum Kampf um die großen Reformfragen. Und ihnen macht seit einiger Zeit die Partei der „revolutionären Sozialisten“ mit wachsendem Erfolg das Territorium streitig.

Der Führer der chinesischen Sozialdemokratie ist Sun Jien oder Sun Yat Sen, ein Mann von etwa vierzig Jahren, der auf den Landwirtschafsbereich als Sohn eines Chinesen aus Canton geboren wurde. Sun Jien hat in den Vereinigten Staaten umfangreiche Studien gemacht und seit zwölf Jahren unablässig in Japan, in Java, auf den Philippinen, in Japan, in San Francisco als revolutionärer Agitator gewirkt. In China führte er sich hauptsächlich auf den geheimen antidynastischen Triade-Bund. Dem Sozialismus wandte Sun Jien sich erst in neuerer Zeit zu. Durch ihn wurden die ersten sozialistischen Flugblätter in China eingeführt. Die Regierung setzte wiederholt einen Preis auf sein Kopf aus, aber es gelang ihm nicht, den Agitator zu fassen.

Sun Jien hat es für geboten gehalten, die Lehren des internationalen Sozialismus den besonderen chinesischen Verhältnissen anzupassen und seinen Landsleuten die Lehre Marx' einzuweisen noch nicht in ihrem vollen Umfang zu verlernen. Der chinesische Sozialismus in seiner heutigen Form ist daher nur als etwas Vorberühendes, als ein „Sozialismus avant la lettre“, wie Su Tschangpe ihn nennt, zu betrachten. Vor allem steht ihm mit Rücksicht auf den fast ausgeprägten Nationalstolz der Chinesen noch das internationalistische Ideal. Aber Sun Jien und seine Freunde rechnen darauf, daß die allmähliche Umwandlung Chinas zum Industrieland Hand in Hand gehen wird mit der Entstehung eines Proletariats, das leicht zur Annahme der sozialistischen Doktrinen ohne jede Beschränkung erzogen werden kann.

Vorkünftig ist die Zahl der chinesischen Sozialisten noch klein. Die meisten Anhänger von Sun Jien sind Studenten, die sich zum Teil in Europa oder in Amerika gebildet haben. Unter ihnen gibt es vorzügliche Redner und begeisterte Fanatiker, die zu jedem Opfer bereit sind. Und alle diese jungen Leute stehen als tüchtige Agitatoren durchs Land und schildern den kaisersüchtigen Armen das Glück, das die Uebertragung des chinesischen Familientumults auf die Gesamtheit herbeizubringen könnte.

## Politische Uebersicht.

**Das Junkerblatt hecht!** Die Erklärung des Preussentages, von allen, selbst den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen, um für Preußen ein gerechtes Wahlrecht zu erkämpfen, hat es dem Junkerblatt, der „Deutschen Tageszeitung“, angetan. Das Blatt meint zwar, daß ein Klassenstreik zunächst nicht zu befürchten ist, aber jedenfalls werde die Sozialdemokratie ihre Leute im Feuer verzehren. Und nun folgen diese, von unerhörter Junkerfreudigkeit zengenden Sätze:

„Deshalb ist es die unabwiesbare Pflicht der verantwortlichen Behörden, dafür zu sorgen, daß diese Exzesse und Uebungen in ihren Anfängen überwacht und möglichst gehindert werden. Nur wenn revolutionäre Kundgebungen und Maßnahmen im Keime erstickt werden, bleiben sie ungefährlich. Schwächliche Duldsamkeit fördert lediglich die Gefahr.“

Was ein richtiger Ochsenjunker ist, der lernt nicht aus der Weltgeschichte, nicht einmal aus dem Fiasko Biomarcks!

**Der Streit um die lothringischen Lehrer,** die sich unterstanden, in dem konfessionslosen allgemeinen „Deutschen Lehrerverein“ einen Unterschlupf zu suchen, schlägt höhere Wellen. Es ist deshalb nötig, an seinen Ursprung zu erinnern. Als die elsäß-lothringischen Lehrer Anstalten machten, ihre katholischen Vereinigungen an den großen deutschen Lehrerverband anzuschließen, sandten ihnen die Bischöfe von Straßburg und Metz ein Schreiben, dem „zur geälligen Kenntnisnahme“ ein Artikel des katholischen „Schulfreund“ beigelegt war. In diesem Aufsatz wurde zunächst die Behauptung aufgestellt, daß der katholische Lehrer absolut abhängig sei von seinem Pfarrer, d. h. von Gott. Denn „der Pfarrer ist der Stellvertreter Christi in der Gemeinde und von diesem durch die Weihe als Jurisdiktionsgewalt zu seinem Amt ausgerüstet.“ Dann wurde dem katholischen Lehrer, der dem Deutschen Verband sich angeschlossen, folgendes zugerufen:

„Die heilige Sache der katholischen Lehrer deines Landes darf du verlassen. Dein feiges und unselbständiges Verhalten war ein böses Beispiel für deine Kollegen. Du sagst: Der große Deutsche Lehrerverein hat mir's angetan. Er hat die Lehrer Deutschlands erst gemacht und erhebt eine neue Aera für Lehrer- und Schullehrer.“ So heute, und im Lichte der Sterbeterze? Kommt du den großen katholischen Lehrerverband? Du nimmst ihn lächerlicherweise für eine neue Aera? Du schämst dich nicht? Ob auch Christus sich deiner schämen wird? Es ist zu spät; ich hab mein Wort; ich bin gebunden; ich kann nicht mehr zurück; meine Freunde lassen mich nicht mehr her.“ So heute und im Lichte der Sterbeterze? Du hast Unrecht getan, dich einzulassen, es dich Unrecht, dich zu binden, und das groß, das unvollständige nicht zu lösen. Du hast nicht als Mann gehandelt, hast alle Würde männlicher Selbständigkeit von dir geworfen. Ich habe ja gar nicht unterzeichnet; andere haben für mich gesprochen, für mich gezeichnet und sogar für mich gelehrt.“ So jetzt, und im Lichte der Sterbeterze? Er war ein Mann, die eigene Persönlichkeit wegzurufen. Wie wird der Waischlappen geistlich zu den Charakterlappen des Timotheus passen?“

Auf diesen eckelhaften Entwürfen antworteten die Lehrer recht passend, indem sie auf ihrer Delegiertenversammlung mit 89 gegen 11 Stimmen den geplanten Uebertritt nun erst recht beschlossen. Darauf folgten neue hochkomische und dreiste Annahmen der Bischöfe, die schließlich zu den Zusammenstößen zwischen Staats- und Kirchenbehörden führten, über die wir gestern berichteten.

**Die Einfuhrscheine.** Der neue Staatssekretär des Reichschahamtes Bermuth läuft Gefahr, sich bei den Agrariern recht verhaßt zu machen. Er erhebt scharfe Angriffe auf das Institut der Einfuhrscheine. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben:

„Nach § 11 des Zolltarifgesetzes vom Jahre 1902, das bekanntlich am 1. März 1906 in Kraft trat, werden bei der Einfuhr von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, Buchweizen, Hülsenfrüchten, Raps und Rüben aus dem freien Verkehr des Zollgebietes, wenn die ausgeführte Ware wenigstens 5 Doppelzentner beträgt, auf Antrag des Warenführers Einfuhrscheine erteilt, die den Inhaber berechtigen, innerhalb einer gewissen Frist eine dem Zollwert der Einfuhrscheine entsprechende Menge einer der vorgenannten Waren ohne Zollentrichtung einzuführen. Die Ermächtigung ist weiter auf Kaffee und Petroleum ausgedehnt. Durch die Bestimmung werden die Zollentnahmen von Jahr zu Jahr mehr beeinträchtigt. In der Zeit vom Januar bis November 1907 wurden 41,8 Millionen Mark Zölle mit Einfuhrscheinen beglichen, im gleichen Zeitraum 1908 78,9 Millionen Mark und 1909 80,9 Millionen Mark. Der Staatssekretär des Reichschahamtes hat in seiner die letzte Sitzungsdebatte des Reichstages einleitenden Rede davon gesprochen, daß hinter die Schöpfung der Zollentnahmen im Jahre 1909 das Fragezeichen der Einfuhrscheine träte, und damit betont, daß die Entwicklung der Einrichtung der Einfuhrscheine die Zollentnahmen des laufenden Jahres und namentlich diejenigen, die für den Sinterbleiben-Berücksichtigungsfonds in Betracht kommen, ungünstig beeinflussen könnte. Die neuerliche Entwicklung der Einfuhrscheine, namentlich in Hafer, scheint dem Reichschahamte recht geben zu wollen. Beim Hafer war bis Ende Oktober die Einfuhr kleiner gewesen als die Einfuhr. Im Monat November hat sich das Bild aber wieder ganz verändert. Die Einfuhr von 121.751 Doppelzentnern steht eine Einfuhr von 546.526 Doppelzentnern gegenüber. Steigert sich die Einfuhr nun so weiter, so ist damit zu rechnen, daß in den letzten Monaten des laufenden Finanzjahres wieder eine beträchtliche Summe von Zöllen durch Einfuhrscheine für Hafer beglichen werden, und daß damit die Zollent-



...bedeutet vom Finanzpolitischen Standpunkt eine große Schwäche für die Festhaltung und Festhaltung der Einnahmen des Reiches. ... Der Reichstag hat seinerzeit das Erlaube ausgesprochen, daß die ganzen Verhältnisse durch eine Denkschrift geklärt werden möchten. Diese Denkschrift ist im Reichsschauspiel bereits aufgestellt und unterliegt zur Zeit der Prüfung der mitbestellenden Verwaltungen des Reiches und Preussens. Sobald die Denkschrift dem Reichstage vorgelegt sein wird, wird sich Anlaß bieten, die oben erwähnte wichtige Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

So finden die Behauptungen der Sozialdemokratie wieder einmal ihre Bestätigung und vielleicht auch die geringsten Mängel ihre Abheilung, allerdings erst nachdem die Junker ihre Taschen bis oben gefüllt haben.

**Wannesselen!** Unter diesem Stichwort bringt die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, in dem sie sich mit voller Wut gegen die Eisenacher Nationalliberalen wendet, weil diese den Vöndler Krug haben fallen lassen und dafür den Justizrat Appellius aufgestellt haben. Das Viertelblatt schimpft:

„Die nationalliberalen „Wannesselen“ haben sich, nachdem sie, wie der Berliner sagt, eine Rippe zerbrochen hatten, ins Hochhorst lassen und sich den freisinnigen Annahmen bedecken und läßt sich unterwerfen. Es würde höchst seltsam, wenn man logen wollte, daß diese „wannesselen“ Handlungsweise echt nationalliberal sei. Man wird aber wohl sagen dürfen, daß sie den Kennern der nationalliberalen Seele nicht über asche habe. Das Präklaten an der ganzen Sache ist aber das, daß derselbe Herr, der 24 Stunden vor der Kandidatur die freisinnige Annahme so stark und so entschieden zurückwies, jetzt selber als liberal-freisinniger Kandidat ins Auge gefaßt oder aufgestellt worden sein soll. ... Im übrigen haben wir gar nichts dagegen, daß die Angelegenheit eine solche Wendung genommen hat. Dadurch wird nämlich die unauflösbare Fiktion und Scheidung der Welt zertrümmert und beseitigt.“

Wenn der Liberale durchfällt, was hoffentlich eintritt, dann wird die „Deutsche Tageszeitung“ zweifellos nachweisen, daß das nur eintreten konnte, weil kein Mitglied des so „ungeheuer beliebten“ Bundes der Landwirte aufgestellt wurde. Im übrigen werden unsere Genossen auch auf dem Posten sein, um den bürgerlichen Parteien jeden Abgeordnetenstreik zu sparen.

**Gegen die Verlesung der Vorstrafen.** Das badische Justizministerium hat soeben eine Verfügung aus dem Jahre 1896 in Erinnerung gebracht, wonach künftig die Verlesung der Vorstrafen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen nur in äußersten Fällen vorgenommen werden soll. Das Justizministerium sagt:

Es hat häufig für die Beurteilung der Anlage keine Bedeutung, alle Vorstrafen des Angeklagten auch wegen weit zurückliegender, ganz anderer gerietter Straftaten konstatieren zu sehen und es enthält eben deshalb dieses Verbot eine Partei für die Angeklagten. Der letztere wird oft in die Lage versetzt, schon längst verlassene und tatsächlich unrichtige Verurteilungen sich in der Öffentlichkeit vorhalten zu lassen. Eine gefällige Verurteilung ist in einer solchen Konstellation nicht. Nur dann, wenn Vorstrafen für den Straffall erheblich sind, kann von der Verlesung nicht abgesehen werden; darüber ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Ebenso wie mit den Vorstrafen, soll es auch mit den sogenannten Vermögenszeugnissen gehalten werden.

**Für Trennung von Staat und Kirche spricht** sich das vom Stadtpfarrer Rhode geleitete offizielle Organ des Kirchengemeinderates, der „Evangelische Gemeindebote“, zu Karlsruhe aus. Anlaß hierzu bietet der Umstand, daß demnächst im badischen Landtage die Staatsdotationen für die Religionsgemeinschaften wieder zu bewilligen sind. Nun tritt das kirchliche Blatt mit bemerkenswerter Offenheit und Entschiedenheit für völlige Trennung von Staat und Kirche ein.

Dem Staat wird das Recht nicht abgeprochen, den großen öffentlichen Bewusstseins, die der Pflege religiöser Kultur dienen, materielle Hilfe zu leisten. Wenn der Staat Rechte zu beschaffen will und Universitätsvorlesungen anstellt, die im freien, wissenschaftlichen Sinne an die Organe der Kirche übertragen werden — wer wollte ihn das verweigern? Aber

...länger je mehr die Forderung, daß die Kirchen ihre finanziellen Angelegenheiten durchaus selbständig gestalten sollen. Der Kirche muß zur Zeit gelassen werden, sich auf den neuen Zustand einzurichten. Die Forderung, daß infolge der notwendig werdenden Erhöhung der Kirchensteuer „Ausweise“ in größerem Umfang erfolgen, teilt der „Evangelische Gemeindebote“ mit. Sollten aber solche Ausweise doch erfolgen, so bedeuten sie nicht eine Schwächung, sondern eine Klärung kirchlicher Zustände.

Ebenso entscheiden wie die gelbliche Selbständigkeit und Freiheit der Kirche verlangt das Blatt die Befestigung des fürstlichen Einnahmepfandes, das heute unhaltbar geworden ist. — Die kirchliche „Allgemeine Volkszeitung“ begleitet diese kirchliche Stimme für Trennung von Staat und Kirche mit diesen Worten:

„Gewiß werden sich diese Dinge nicht von heute auf morgen ändern. Aber je klarer und ruhiger man sich befaßt mit den beiden Seiten in die kommende Veränderung hineinsetzt, desto schneller und fröhlicher wird sich diese vollziehen, wenn sie eines Tages kommen wird.“

Wie lange hat es nicht als eine Ausgeburt gottesleugnerischer Schleichheit gegolten, wenn Sozialdemokraten ihrem Programm gemäß Trennung von Staat und Kirche verlangten? Wie schon so vieles andere, das inzwischen Anerkennung gefunden, so bahnt sich auch diese Idee ihren Weg, selbst bis in die Köpfe der Geistlichen.

**Die Stadtratswahlen in Berlin.** Die Berliner liberalen Stadtratswahlen haben den Anspruch der wirtschaftlichen Fraktion auf den stellvertretenden Vorsitz nicht anerkannt. In der letzten Sitzung wurde zum Vorsitz der bisherigen Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt (123 Stimmen). Zum stellvertretenden Vorsitz der bisherigen Vorsitzenden Gehrmann Cassel mit 80 Stimmen. Der Gegenkandidat Genosse Singer, erhielt 46 Stimmen, also die Stimmen der Parteigenossen und der Sozialfortschrittlichen Fraktion. — Der Kommunalrat verfährt in seinen Domänen genau so gewalttätig, als der Junker in seinem Dreifläschenbunde.

**Die Radhob-Sammlungen für die Gerichtskassen.** Verschiedenartig hatten einige Rad- od. -Witwen an oblige Anzahlung der gesammelten Hilfsgelder. Sie wurden aber mit ihrer Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Prozesses zu tragen. Da die Klägerinnen mittellos und außerstande sind, den Kostenbeitrag zu zahlen, soll dieser bei Auszahlung der Renten in Abzug gebracht werden. Dem Witten ist folgender Bescheid des Regierungspräsidenten von Münster zugegangen:

Der geschäftsführende Aufsicht der Radhob-Spende. Münster, den 2. Januar 1910. Der Vorsitzende, Regier.-Präsident.

Nach einer Mitteilung des Herrn Vorsitzenden des Ortskomitees in Hamm i. W. sind in Ihrer Prospektade gegen die Mitglieder des Ortskomitees in Hamm die den letzteren erwachsenen Prozesskosten durch Gerichtliche Klage auf 15,30 Mark festgesetzt. Diese Kosten sind von sechs Klägerinnen mit je 25,88 Mark zu decken. Auf Antrag des Ortskomitees soll dieser Betrag in der Weise von Ihnen eingezogen werden, daß die Ihnen im Februar 1910 zu zahlende Zulage um 6,86 Mark gekürzt wird. In den Monaten März bis einschließlich Mai wird die Zulage um je 6,86 Mark gekürzt werden. Der Betrag von 15,30 Mark wird aus der Radhob-Spende vorzugsweise an dem Herrn Vorsitzenden des Ortskomitees in Hamm gezahlt werden.

(Unterschrift unleserlich.)

Die mündlichen Helfer haben also die Gewissensbisse, daß ihr Geld in die Verhältnisse maniert.

**Süddeutsche Einigungsstände im Liberalismus.** Zur Einigung der linksliberalen Parteien nahm als erste der Parteiorganisationen die württembergische Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Stellung. Der Geschäftsbericht des jüngsten Ausschusses der württembergischen Volkspartei beschäftigt sich bereits mit der Union. Es heißt darin: Die von den freisinnigen Parteien eingeschlagenen Taktiken haben zwar den bedauerlichen Ausgang des Kampfes um die Finanzreform nicht verhindern können, sie haben aber einem Zusammengehen der Parteien von Wasser- und Landmann bis Hebel auch im Reich den Boden gebahnt. Abgeordneter Hausmann bod unter anderem hervor, die linksliberalen haben eingesehen, daß die Zeit zum Handeln da ist. Ein solches Handeln ist der Zusammenschluß (Stimmlicher Beifall). In diesem Zusammenschluß aller liberalen und demokratischen Elemente liegt die Kraft zur Weiterarbeit, und dieser Zusammenschluß laßt auch die Fernstehenden einmüßig werden. Wir haben für unsere Teil versucht, in der Auffassung des Volkes zu arbeiten. Die Deutsche Volkspartei ist gewillt, in diesem Kampfe mitzuwirken, gestärkt durch eine

...neue Sammelart. (Stimmlicher, langanhaltender Beifall) Hierauf nahm zum Hauptpunkte der Tagesordnung, zur Wahl der drei linksliberalen Parteien, Landtagspräsident, Reichstagsabgeordneter v. Pöcher Stuttgart das Wort.

Der Vorstand des Bezirkes Hagen der Freisinnigen Volkspartei erklärte sich mit dem Entwurf des liberalen Einigungsprogramms im allgemeinen einverstanden, jedoch sprach sich die Vertreter der einzelnen Wahlkreise einmütig dahin aus, daß für die neue Partei am besten die alte Bezeichnung „Freisinnige Partei“ gewählt würde. Der vom Vortragskomitee vorgeschlagene Name sei zu lang und ungewandt. Der Hagen umfaßt die Wahlkreise des engeren rheinisch-westfälischen Industriebezirkes.

**Das Krematorium in Chemnitz.** Das dem Verein für Feuerbestattung gehörige Krematorium ging am 1. Januar in städtischen Besitz über. Der bisherige Tarif — 40 Mk. für jede Einäscherung, ohne die sonstigen Gebühren — bleibt bestehen. Bis zum 31. Dezember 1909 wurden insgesamt 1713 Leichen einäschert. Die Chemnitzer Anstalt hat die höchste Frequenz unter allen deutschen Krematorien aufzuweisen. Außer Chemnitz besitzen von den sächsischen Städten Ritzau und Zwickau und neuerdings Leipzig ein Krematorium, in Dresden wird ein solches gebaut.

In Preußen aber darf infolge der Minderheitschaft keine Leiche eingeschert werden! Auch in diese Finsternis wird erst dann neue Wahlrecht ein Loch schlagen.

**Das Schulgeld im sozialdemokratischen Jemenau.** Jemenau besitzt noch keine Volksschule. Die Stadtgemeindeverwaltung von Jemenau wird dem Gemeinderat ein Voranschlag unterbreiten, die Höhe des Schulgeldes für den Besuch der Volksschule nach dem Einkommen der einzelnen Familie festzusetzen. Dieser richtete sich die Höhe des Schulgeldes nach der Anzahl der Kinder, die aus einer Familie die Volksschule besuchen.

**Neue Gewalttate gegen die Polen.** Im „Dyemitt“ von nach die preussische Regierung die Absicht habe, demnächst mit der Zwangsenteignung polnischer Güter vorzugehen, die Bemerkung gemacht worden, daß es sich indischerweise hierbei nur um eine Alarmnachricht handle. Wie die „Tägliche Rundschau“ unterrichtet, Quelle erklärt, entspricht die obige Meldung der „Frankfurter Zeitung“ den Tatsachen. Die am 19. d. M. in Polen zusammengetretene Anstaltungskommission wird die Zwangsenteignung einer Reihe von polnischen Gütern, insbesondere solcher, deren Eigentümer sich dauernd im Auslande aufhalten, beschließen.

**Zur Eröffnung des Herrenhauses.** Die Tagesordnung für die erste Plenarsitzung des preussischen Herrenhauses am Dienstag, den 11. Januar, wird die folgende sein: Die Konstituierung des Hauses, Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der Schriftführer.

**Nationalliberaler Mannesmut.** In den gottigen Besten der Nationalliberalen im Personum Götze hat sich so etwas wie Mannesmut gezeigt. Sie wollen den politischen Kampf künftig nur auf die eigene Kraft gestützt, geführt wissen. Deshalb verlangen sie, daß künftig nur noch der Zentralvorstand der Partei, aber nicht mehr einzelne Wahlkreise oder gar einzelne Personen, Wahlzettel abgeben darf. Der Zusammenschluß aller liberalen Gruppen wurde als nicht empfehlenswert erachtet, ein Bündnis mit Sozialdemokraten direkt verneint. „Lieber im harten Kampf, aber mit Ehren zugrunde gehen, als mit der Sozialdemokratie partizipieren“, so ruft nach einem in der „Nationalzeitung“ enthaltenen Bericht die Sozialdemokraten aus. Eigentlich sind die Herrenhäuser aber bereits zugrunde gegangen, freilich nicht mit Ehren, denn bei den letzten Wahlen hatten sie nicht einmal den Mut, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern wählten den freikonserватiven Prinzen Hohenlohe.

**Schnapsbrenner-Konkurrenz.** Vor einiger Zeit beschloßen die Vertreter von 148 Brennereien in Dortmund, in Zukunft nur noch reinen Kornbrennwein zu brennen und das Verweiden mit Kartoffelsprit gänzlich einzustellen. Der Beschluß wurde gefaßt, nur sich von den Anfeuern und der Spirituszentrale unabhängig zu machen.

Dieser Tage ist nun unter der Firma Kornspirituszentrale, G. m. b. H., in Dortmund ein Unternehmen gegründet worden, dessen Zweck die Verwertung von Kornspiritus ist. Der amtierende Spiritus muß den Vorschriften des § 107 des neuen Branntweinsteuergesetzes entsprechen. Gründer der Gesellschaft sind kreisch-westfälische und hannoversche Kornbrennereibesitzer. Die Zentrale soll namentlich den zahlreichen kleinen Kornbrennereien des Westens, die infolge der Steuererhöhung und des Schnapsbrennens das Existenzminimum nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten können, die Verwertung ihres Kornspiritus ermöglichen.

**Staatsgefährlicher Kindergefang.** Der Arbeitergefangenvertin „Vera“ in Köln hat einen Kinderchor gebildet, dem etwa 20 Kinder im Alter von 8—16 Jahren angehören. Nachdem polizeilich festgestellt worden war, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören, hat der Regierung des Schulwesens die Aktion im Auftrage der Regierung erlaubt, den

# Ein Berrüchter.

Kampf und Ende eines Lehrers.  
Von Josef Kuebeler.

(Nachdruck verboten.)

„Die Schicht mit Frau dran war“, begann er sehr ruhig. „Das heißt Du ja...“ Öffnung war bei dem Leiden schon lang keine mehr... es hat sich immer verschlimmert... Die Doktoren bei uns und in der Stadt drin, die haben auch immer helfen können, und da hat der rovide Verfall sich immer aufhalten laßt.“

„Um, hm. Was denn gar nie mehr macha?“

„Halber holte tief Atem und trieb mit der rechten Hand über die Stirn.“

„Schreit net.“

„Schrecki, ganz schrecki is so was.“

Der andere ruckte ruhig weiter und sagte nichts. Aus dem Neben der für hängenden Schwarzhaar über schrie der Ausdruck einmal heraus und verstand sofort wieder der zu schließenden Goldklappe. Das Zimmer laut wieder in seine tiefe Stille zurück. Die der Besuch unangenehm zu empfinden schien. Er räusperte vernachlässigt, ruckte die überholenen Füße hoch vor, ließ seinen die Schweißperle und sagte trocken, als Halber mit seiner Hand machte, zu gehen, mit unruhiger Stimme:

„Ja, i will i stummer aufhalt'n. Da wirt kein n'Kopf do woll' g'ung hab'n... also nachmal's mein Verleib, und wenn D' die Anna heilt, dann sag' ihr a...“

Halber ruckte den Kopf nach der Hand:

„I born' Dir für Deine Leiden.“

Jägernd konnte sich Gehör ab.

„Wirt us was?“ fragte Halber, als er ihn so unheimlich an der Tür stehen sah.

„Gehst dochst dich um und suchst nach dem beginnenden Wirt.“

„Ja... i hab'...“

„Da bist keine Antwort gab, begann Göpfert in weitläufiger Weise den Streit zu erörtern, den er eben mit dem Lehrer gehabt hatte. Alle Schluß hob er auf Gott, der ohne jede Ursache die Gemütskrankheit geübt und ihn schwer beleidigt habe durch eine unflätige Bemerkung über das ganze königliche Personal. Am meisten aber beschwerte er sich über Gattels vorläufige Kündigung, die den mißglückten Heiratsantrag betraf, weil er dadurch vor allen Bauern Kompromittiert sei.

Halber verzog während dieser Rede keine Miene. Er blies keine Zellen aus seiner Zigarette und hörte den Redewortungen Göpferts zu, der nach jedem Satze Gehr und Seigigkeit, dann wieder den Kreinmacher als Zeugen der Wahrheit ins Treffen führte.

„Und was soll mich das alles angehen?“ fragte Halber, als sein Redewege endlich fertig zu sein schien.

„Das hätte Göpfert nicht erwartet. Sein zimoberrotes Gesicht sah sehr bedrückt drein, und er stotterte:

„Was Dich das angeht? Ja, is der Gattl net Dei künftiger Schwagerohn? Kannst Du eadn net sag'n, daß sich so a Scheuchen net paßt, und daß er mit solche...“

„Lügen?“

„Ne ja, mit solche Redereien hall hinterm Jann halten soll.“

Halber klappte den rechten Arm auf die breite Sophalehne und legte sein Haupt darauf.

„Gott, i will Dir was sagen“, fing er sehr ruhig an. „Das sind Bräutigamsredereien, in die ich mich net einmisch'! Ich kann nu dafür, daß Dich die Anna demal net g'nommen hat, als Du um sie ang'hal'n hast. Daß der Lehrer von der Sach' Kenntnis bekommen hat, des hat sich net verhindern lassen: er is der Anna ihr Verlobter. Es is krumm von ihm, so was anzudecken, aber in 'm Streit, da gibt oft ein Wort des andern.“

„Also nachher magst i mit dem laubem Herrn einfach was g'weil'n laß'n?“

„Du merkst ihn net gar so viel schicki blies'n sein, glaub' ich, denn ohne Grund kriechst du her Gattl net leicht an andern.“

„Verleib' i.“

„Und beschalt'“, fuhr Halber fort, „macht ihr am besten be' G'licht zu weilt aus. Ihr brants' is fern drinnen. Seib's als g'ung daga.“

„Gott scho recht, Halber! Mit g'ung san mir alle jwon, besonders der Gattl, der Herr Gattler!“

Während Halber in Göpferts zögerndes Gesicht und flüchtige dabei bedächtig die Höhe seiner Zigarette auf den Fußboden.

„Mit solche Spruch“, sagte er ohne jede Erregung, „sollst eigenlich net rumschmeißen, Göpfert!“

„Was mit der Mensch, der no nit is, insam beleidigt und hinstellt, als wie oan von keine Schuldben?“

„Nuch dann net, denn wenn der Gattl auch a rablater Mensch is, so muß ma denken, daß er dazu g'macht word'n is. Du kennst sei Leben net, weilt net, was er durchg'macht hat. Jetzt haben's ihn von ein'm Ort zum andern g'licht und ber-fahrt, angeblich weil er zum Lehrer net langung soll' und Zeugniss' haben's ihm ausg'stellt, daß an a Anstellung nie a' denken war. Warum? Weil er's abfolut net verstanden hat, sei Meinung libers Leben und über politische Ansichten g'heim g'halten, und weil er eb'n mit'n Kopf durch die Wand will. Des is freilich net schlau von ihm, denn man hat ihm darauffin g'hörig zug'sekt, so daß man jetzt, wo i' ihn volle fünf Jahre in un-jern Netz hoden laßt, gar nit mehr mit ihm anfangen kann, wenn man ihn unrichtig behandelt.“

„Wiss' der mer den Herrn bloß noch mit Glacehandschuh anfassen?“ fragte Göpfert, und bleckte seine kolossalen Zähne.

„Wenn D' mi net verfluchen magst, na is 's besser, mir hör'n den Dichters auf.“

„Ne ja, i hab ja bloß g'moant! Na derz' wooll' no was sag'n?“

„O ja, aber Du sollst net blind auf 'n Menschen loslaufen, der vom Satz aus a prächtiger, guter Kerl is, und der heut' schicki ist wohlverdiente Anstellung hatt', wenn er von vorn-herlein in die richtigen Gäng' kommen wär und net g'et zu wüßte Segapöbel, die 'n weg'n seiner großen Ehrlichkeit fürcht-bar ang'feind' hab'n.“

Der etwas schwermütige Ton, in dem Halber geredet hatte, war seinem Kollegen nicht entgangen. Also zwackte und murmelte er einen Startlopf nach, die niedere und lächerliche Stellung, die der erbärmliche, alte Hilfslehrer einnahm! Das war wenigstens eine gewisse Genugtuung, wenn auch nur eine geringe! Aber man mußte damit zufrieden sein, denn gegen die unmaßgebere Rache und Ehrlichkeit des alten Hohenlohe, der breit-jourig auf dem Sopha lag, war jetzt nichts zu machen; mit Gefügigkeit drang man da nicht durch. Das mußte der ärgerliche Göpfert recht gut. Waren doch schon Vorgefichte vom Hofmann und von der Regierung bei Halber gar über angekommen, als sie gar aufstehen wollten. Ein erkannter Bild oder eine ganz ruhige Frage fragte jeden zu entwasfnen, der ihm ohne Ursache nahe trat.

Abgeblüht und blamiert! dachte Göpfert, als er jetzt aufstand und seinen Stuhl in die Ecke setzte.

(Fortsetzung folgt.)



Deutsch-österreichische Konsulate in Sibizien. Auf Anordnung des deutsch-österreichischen Botschaftsrats...

Abel verpflichtet. Die kaiserliche Familie Thurn und Taxis genießt neben den ritterlichen Fürsten das Vorrecht der Vorhofbarkeit...

Deutsche Lehrer im Auslande. Durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes sind im Jahre 1909 70 Lehrstellen im Auslande vermittelt worden...

Die Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin. Die Vertreter Berlins und seiner Vororte, nebst den Landräten der Kreise Teltow und Niederbarnim...

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen findet am 24. Januar in Berlin statt. Neben dem Geschäftsbericht steht am 24. Tagesordnung ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über: Industrie und Harzabund...

Ausland. Mit dem beliebtesten Minister der Türkei, Talaat Bey, hatte der Konstantinopeler Korrespondent des 'Vorwärts' kürzlich eine Unterredung über die inneren Verhältnisse in der Türkei...

Talaat Bey hat seine Popularität durch seinen demokratischen Charakter und seine Zugänglichkeit gewonnen. Die Worte des jungen Ministers klingen vielschichtig ein wenig zu optimistisch, aber ohne Optimismus kann ein Staatsmann in der Türkei nicht arbeiten...

'Auf Ihre Frage', jagte der Minister, 'ob ich die Konstitution für gesichert und unerschütterlich halte, kann ich im positiven Sinne antworten. Die Hauptsache ist, daß die Volksmassen, wie schon längst überall in Europa, so auch jetzt bei uns, die Vorteile der Konstitution verstanden haben...'

Auf meine Bemerkung, daß es schwer sein müsse, mit den Angestellten des alten Regimes eine schmerzliche Arbeit anzufangen, erwiderte Talaat: 'Sie haben recht, wir besitzen nicht die notwendige Zahl von Leuten, mit denen wir die Beamten Abdull Hamids ersetzen könnten...'

Die neue Verfassung, die ich für die Türkei möglichst schnell einen besseren Zustand zu erreichen, um so mehr, als jede Versäumnis für das Land fatale Folgen haben kann.

Die neue Verfassung, die ich für die Türkei möglichst schnell einen besseren Zustand zu erreichen, um so mehr, als jede Versäumnis für das Land fatale Folgen haben kann.

Die neue Verfassung, die ich für die Türkei möglichst schnell einen besseren Zustand zu erreichen, um so mehr, als jede Versäumnis für das Land fatale Folgen haben kann.

Die neue Verfassung, die ich für die Türkei möglichst schnell einen besseren Zustand zu erreichen, um so mehr, als jede Versäumnis für das Land fatale Folgen haben kann.

Die neue Verfassung, die ich für die Türkei möglichst schnell einen besseren Zustand zu erreichen, um so mehr, als jede Versäumnis für das Land fatale Folgen haben kann.

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Die geplante Arbeiterversicherungsgesetzgebung in England. In einer Währe in Reading machte der Sozialist Lloyd George nähere Angaben über den weiteren Ausbau der Sozialversicherung...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Goldberg, 6. Januar. Der mit. Seit dem Jahresanfang ist der Schuhmachereifer Rabon von hier, noch vorangegangenen Streik mit dem sogenannten Witzweil, unter Mitnahme seines Sparkastens mit 1000 Mark verschwunden...

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Stettin, 7. Januar. 'Generalanzeiger'. Sektaner. Der hiesige 'Generalanzeiger', ein Pötker, das im Verborgenen blüht, bringt in einem Bericht über den Pötkerfall: 'Die Pötker verlangen eine Lohnsteigerung, die sich bei einzelnen Positionen bis zu 20 Prozent erhöht...'

Stettin, 7. Januar.

Stettin, 7. Januar. Der hiesige 'Generalanzeiger', ein Pötker, das im Verborgenen blüht, bringt in einem Bericht über den Pötkerfall: 'Die Pötker verlangen eine Lohnsteigerung, die sich bei einzelnen Positionen bis zu 20 Prozent erhöht...'

Stettin, 7. Januar. Der hiesige 'Generalanzeiger', ein Pötker, das im Verborgenen blüht, bringt in einem Bericht über den Pötkerfall: 'Die Pötker verlangen eine Lohnsteigerung, die sich bei einzelnen Positionen bis zu 20 Prozent erhöht...'



# Sonnabend, den 8. Januar wegen Inventur-Aufnahme geschlossen. M. Schneider.

**Stadt-Theater.**  
Freitag, 7. Uhr:  
„Tiefenland“.  
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Der kleine Däumling“.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Kalkstein“.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
„Der kleine Däumling“.  
Abends 7 Uhr:  
„Die Meisterfinger von Nürnberg“.

**Lobe-Theater.**  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
„Die geschiedene Frau“.  
Sonnabend, 7 Uhr:  
„Ein Verhändlungsfall“.  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Frühlingluft“.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Ein Verhändlungsfall“.

**Thalia-Theater.**  
Freitag:  
Garde F. & Vorstellung:  
„Fischmann als Erzähler“.  
Sonnabend:  
Gumboldt-Verein.  
(Kommunales-Bildung 1)  
Gilde-Kanzel.  
„Fischmann als Erzähler“.  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
„Die fremde Frau“.  
Bücherverkauf Sonnabend von 10  
bis 2 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr  
im Stadt-Theater, im Thalia-Theater.

**Schauspielhaus**  
Freitag, 8 Uhr:  
„Der Herr Hofrat“.  
(Der Hofrat).  
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:  
„Peters Bilderbuch“.  
Sonnabend, 8 Uhr:  
Premiere:  
„Die Millionenbraut“.  
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Die Fischer-Grafin“.  
Abends 8 Uhr:  
„Die Millionenbraut“.

**Lieblichs Etablissement**  
Bordervery. — Marion.  
Verona-Truppe.  
Johnny & Charlie  
etc. etc. etc.  
Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Viktoria-Theater**  
Der Löwenkampf  
im Salon.  
Schnitz-Ornament der Gegenwart.  
10 Kabinett-herausragende  
Spezialitäten. 10  
Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Sonnabendtags gültig.

**Zeitgarten**  
Dr. R. Kretsch.  
No. 1, Sonntag:  
Das herausragende neue  
Programm.

**Palmengarten.**  
Dr. R. Kretsch.  
Sonnabend:  
Grosses Bock-Fest  
in 12 Kabinett.

**Ständer-Auktion.**  
Beise-burgplatz 7. 40  
Versteigerung am 12. 2. Sonntag.

**Eiserne Öfen u. Ofenrohre**  
in grösster Auswahl.  
Billigste Preise.  
Paul Kerschke in  
Klosterstrasse 7.

**Privat-Handelschule**  
„Barber“  
Breslau 5,  
Gartenstrasse 57,  
Telefon 3447.  
Beginn neuer Kurse  
Anfang Januar 1910.  
Prosp. grat. u. franko!

**Tücht. Westendnäherin.**  
Können sich helfen. Wunderschöne 19  
bei Hellmann. 49

**Trauerhüte**  
in grösster Auswahl und  
billigsten Preisen. 5551  
**Hulda Siedner**  
Schmiedebriicke 15/16  
Gde Kupfer-Schmiedestr.

**Sprossen 1/4 Bid. 10 Bja.**  
Tiroche, nur Marktstraße. Gartenstr.

**Ein langes Brautpaar**  
auch ein Bildchen zum Mitnehmen  
aus der Wäckerl-Kuchentier. 33,  
Karsch. Zeichnung erhalten. 3349

**Spül-Sprizen**  
Die sicher wirksamste  
Spritze  
Dr. R. Kretsch.  
Klosterstrasse 7.

**Strad- und Rod-  
Häufige:**  
Leichteste, nur hochmodern  
**A. Patalong, Bildhauer. 3. L.**  
neueste Paris. Schiel. Hof.  
Telephon 10779. 41

**Keinen Husten mehr!**  
in Gebrauch bei  
**Wachsmann's**  
Hustentropfen.  
A. W. 15 Bja. 1 W. 65 Bja.  
Se haben nur 5070  
Alte-Bäckerstrasse Nr. 19,  
Südwestendstrasse.

**Trauringe**  
Fingerringe goldene  
ohne Lötlöcher aus einem  
Stück gefertigt.  
Platzes dieser Ringe un-  
geschlossener  
Patent-Verfahren.  
335 gestrichelt gestemp.  
Paar 6. 8. 10. 12. 14. 16 H.  
335 gestrichelt gestemp.  
Paar 20. 22. 24. 26. 28 H.  
Feingold  
330 gestrichelt gestemp.  
Paar 28. 30. 32. 34. 36 H.  
Durch Massenzug u.  
grossen Einsatz bin ich in  
der Lage, äusserst billig  
liefern zu können. 59  
Schriftliche Garantie.  
Gewissenhaft.  
**Paul Alter**  
Uhren- u. Goldverarbeiten  
Kupferstrasse 19.  
Dankeschreiben.  
... mit den gemachten  
Trauringen bin ich sehr  
zufrieden, denselben sind  
19 Mark billiger als hier  
am Platz.  
Reinhold Klotz I. K.

Ich warne die Bergmannsfrau Pauline  
Proffe die Redaktionen, welche sie gegen  
mich führt, zu unterlassen, andernfalls ich  
gerichtlich vorgehen werde.  
82

**Schuhwaren**  
zu billigen Preisen  
und  
großer Auswahl  
empfehle  
**Bruno Frankenberg**  
Gräblichstrasse 49. 46

**Im Reglerheim, Civali, Hendorffstr. 35/37**  
sind 8 wohnsinnig angelegte Reglerbahnen für alle  
Tage nachmittags und Sonntags auch für die Abende  
50 zu vermieten.  
Anfragen erbittet der Schlesische Reglerbund G. V.  
Geschäftsstelle: Louiseplatz 3. Telefon 4117.

**Schneider**  
an gute Lager-Satteln m. sich  
mit Probearbeit und Ausweis.  
[47] S. Stark, Wallstr. 17.

**Schürzen-Näherinnen**  
für dauernde Arbeit sucht  
**M. Laqueur, Junfermannstr. 7.**

**Achtung! Achtung!**  
10 billige Tage v. 8. bis 18. d. Mts.  
in Blusen, Kostümröcken, Kinderkleidern, Schürzen,  
Trikolagen usw.  
**Rudolf Sonnenberg, Rossplatz 22.**

**Arbeiter, Maurer, Zimmerleute**  
arbeiten die beste  
**Arbeiter-Konfektion**  
zu billigen Preisen. 6154  
**Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmstr. 88.**

**Husten,  
Heiserkeit  
und  
Reichel's  
Hustentropfen**  
von erprobter Wirkung und grossem Erfolge.  
Nur echt mit Marke „Medison“.  
Flasche 50 Pf.  
Arnica 10, Encalypta,  
Salbei je 4, Anis 7,  
Pfeffer 15, Kamille  
mit reinsten  
Spiritusrectificat, 10.

**Extra billiges Angebot.**  
Herren-Anzüge schon von 8.— Mk. an  
Kinder-Anzüge „ „ 2.40 „ „  
Herren-Winter-Paletots „ „ 10.— „ „  
Herren-Winter-Joppen „ „ 4.90 „ „  
Herren-Hosen „ „ 2.50 „ „  
**Schlesisches Kaufhaus,**  
Nr. 7, Klosterstrasse Nr. 7. 54

**Proletarierkrankheit und  
franke Proletarier.**  
Ein Beitrag zur Hebung der Volks-erkrankheit von D. Thomas  
Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Sollwächter“.

**Sozialdemokrat. Verein Breslau.**  
Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,  
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Delegierten über den preussischen Parteitag.  
2. Diskussion.  
3. Vereinsangelegenheiten (Projekte für die Wahlford- und Frauen-Marken und  
Abfassung des Manifestes).  
Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

**Im Reglerheim, Civali, Hendorffstr. 35/37**  
sind 8 wohnsinnig angelegte Reglerbahnen für alle  
Tage nachmittags und Sonntags auch für die Abende  
50 zu vermieten.  
Anfragen erbittet der Schlesische Reglerbund G. V.  
Geschäftsstelle: Louiseplatz 3. Telefon 4117.

**Schneider**  
an gute Lager-Satteln m. sich  
mit Probearbeit und Ausweis.  
[47] S. Stark, Wallstr. 17.

**Schürzen-Näherinnen**  
für dauernde Arbeit sucht  
**M. Laqueur, Junfermannstr. 7.**

**Achtung! Achtung!**  
10 billige Tage v. 8. bis 18. d. Mts.  
in Blusen, Kostümröcken, Kinderkleidern, Schürzen,  
Trikolagen usw.  
**Rudolf Sonnenberg, Rossplatz 22.**

**Arbeiter, Maurer, Zimmerleute**  
arbeiten die beste  
**Arbeiter-Konfektion**  
zu billigen Preisen. 6154  
**Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmstr. 88.**

**Husten,  
Heiserkeit  
und  
Reichel's  
Hustentropfen**  
von erprobter Wirkung und grossem Erfolge.  
Nur echt mit Marke „Medison“.  
Flasche 50 Pf.  
Arnica 10, Encalypta,  
Salbei je 4, Anis 7,  
Pfeffer 15, Kamille  
mit reinsten  
Spiritusrectificat, 10.

**Extra billiges Angebot.**  
Herren-Anzüge schon von 8.— Mk. an  
Kinder-Anzüge „ „ 2.40 „ „  
Herren-Winter-Paletots „ „ 10.— „ „  
Herren-Winter-Joppen „ „ 4.90 „ „  
Herren-Hosen „ „ 2.50 „ „  
**Schlesisches Kaufhaus,**  
Nr. 7, Klosterstrasse Nr. 7. 54

**Breslauer Konzerthaus.**  
Sonnabend, den 8. Januar 1910:  
**Bühnenkünstler-Fest**  
„Am Nordpol“  
veranstaltet vom Chorpersonal der Vereinigten Theater, mit gütiger  
Gestaltung des Herrn Dir. Dr. Theodor Loewe und unter gütiger Mit-  
wirkung der Solominsten der Oper, der Operette und des Schan-  
spiels, sowie des Ballets und des Stadttheater-Orchesters,  
zu Gunsten der Chormitglieder, sowie des Allgemeinen  
Deutschen Chorjüngerverbandes u. d. Pension- u. Sterbekasse.  
**Grosses Promenaden-Konzert**  
ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn  
Franz Werner.  
**Theater-Aufführungen und Vorträge.**  
**Grosser Ball.**  
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Beginn des Konzerts 9 1/2 Uhr.  
Anfang der Aufführungen 11 Uhr.  
Nach den neuesten Cook'schen Berechnungen beträgt die Temperatur am  
Nordpol im Monat Januar 20-25 Grad Wärme und wird dem p. t.  
Publikum nahegelegt, möglichst in Strands- oder Reise-Decken das Fest  
feiern zu wollen.  
Preise der Plätze: Ganze Loge à 10 Personen 50 Mk. (nur im  
Vorverkauf), einzelne Logenplätze im Vorverkauf 6 Mk., an der Abendkasse 8 Mk.  
Sankt 3 Mk., an der Abendkasse 4 Mk.  
Vorverkaufsstellen befinden sich in allen durch Plakate kenntlich  
gemachten Geschäften, während Logenplätze nur in der Nebenkasse des Stadt-  
theaters erhältlich sind.  
Die dekorative Ausstattung des grossen Saales ist in dem Atelier  
des Herrn J. Jensch angefertigt. 6335

**Ab 8. Januar wird täglich gezeigt:**  
Die authentische kinematogr. Aufnahme  
der  
Süd-Expedition des engl. Leutnants  
**Sir. Ernest Shackleton.**  
Shackleton war der erste  
Forscher, der den Pol bis auf die  
Entfernung von 20 Meilen näher  
kam.  
Dazu wissenschaftlicher  
Vortrag und erklärende  
Broschüre.  
Ferner:  
das gänzlich neue  
Programm.  
Unter anderem:  
Indians Kunsthandwerker.  
Jägerlatein.  
Des Bauern Schatz.  
(Ein Drama der Küste.)  
Enttäuschungen der  
Silvesternacht.  
Der Stern der Manago.  
Savoyarden-Eiend.  
Wer lachen will, wer sich bilden will,  
der komme in's Colosseum.  
Musik-Begleitung:  
Die neu engag. Künstler-Kapelle.  
Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.  
Vorhand. Plätze: Logen, Reserviert, I. u. II. Platz.  
**Colosseum Nikolaistraße 27, Colosseum.**  
Eintritt 25 Pf., Sonn- und Feiertagen 30 Pf., Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.  
Das grösste, besiegeltste Kinematograph-Theater Schlesiens.  
vormalig „Scala“.  
vormalig „Scala“.  
vormalig „Scala“.

**„In freien Stunden“.**  
Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.  
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.



Dritter Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen.

Berlin, den 8. Januar 1910.

Als letzter Punkt der Tagesordnung kommen zur Verhandlung drei Anträge (13, 15 und 27) betreffend

Die preussische Organisation.

Antrag 13 will die besondere Vertretung der Frauen auf dem preussischen Parteitag besetzen, dafür festsetzen, daß, wo mehrere Delegierte gewählt werden, unter den Delegierten sich möglichst eine Genossin befindet.

Antrag 15 will an den preussischen Parteitagen teilnehmen lassen: 1. 1 bis 6 Delegierte der Wahlkreise nach Maßgabe der Mitgliederzahl (wenn mehr Delegierte, darunter eine Genossin); 2. die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Preußens; 3. die Mitglieder der Landeskommission und des geschäftsführenden Ausschusses; 4. den Parteivorstand.

Antrag 27 verlangt einen besonderen preussischen Parteivorstand, bestehend aus zwei Mitgliedern des deutschen Parteivorstandes (von ihm selbst gewählt), einem Mitgliede der Landtagsfraktion (ebenfalls von ihm gewählt), zwei besoldeten Sekretären und zwei unbesoldeten Beisitzern, die vom preussischen Parteitag zu wählen sind.

Schölich - Breslau begründet den Antrag 27. Es ist ja gestern und heute schon viel über den Antrag diskutiert worden. Schon vor zwei Jahren wurde er von Krons und Maurenbrecher vertreten. Man hat es so hingestellt, als ob ich gewissermaßen nur als Sprachrohr dienste für die Anregungen, die in dieser Beziehung in den „Sozialistischen Monatsheften“ gestanden haben. Das war ich nicht. Es ist meine eigene Meinung über die Sache, bevor die Artikel in den „Monatsheften“ erschienen, mit Parteigenossen gesprochen habe. Ich bitte Sie also, die Sache unparteiisch zu erwägen.

Ich bitte Sie also, die Sache unparteiisch zu erwägen. Es liegt mir hauptsächlich daran, eine Stelle zu schaffen, die mehr Zeit hat, um die ganzen Materien zu erledigen. Der geschäftsführende Ausschuss hat selbst zugeben müssen, daß er zu sehr überlastet ist. Die Wahlrechtsfrage und die Verwaltung in Preußen stellen uns vor ungeheure Aufgaben für die Zukunft. Wie umfangreich das Material ist, das hier vorliegt, hat Ihnen ja die Rede des Genossen Weidner bewiesen. Da brauchen wir eine Institution, die Zeit hat, diese Arbeit im Hauptamt und nicht nebenamtlich zu erledigen. Die Motive, die vor zwei Jahren dem Antrag zu Grunde lagen, kommen für mich weniger in Betracht. Zugeben will ich allerdings, daß die Kritik des Genossen Borzachi berechtigt war, daß der geschäftsführende Ausschuss keine Statistik der Landtagswahlen gemacht hat. Für solche Arbeiten muß unbedingt Zeit vorhanden sein.

Ich habe die Anstellung von zwei besoldeten Sekretären beantragt. Auf die Zahl kommt es mir nicht an, vielleicht genügt in der ersten Zeit einer. Um alle Nebenarbeiten zu vermeiden, will ich auch, daß der deutsche Parteivorstand Vertreter in dem neuen preussischen Vorstand hat. So wie jetzt, geht es jedenfalls nicht weiter. Ich beabsichtige nicht, neben der deutschen Parteivorstand einen preussischen zu setzen, der vollständig selbstständig jenem gegenübertritt, sondern mir kommt es vor allem darauf an, eine Zentrale zu schaffen, von der mehr Stützpunkt ausgeht, an der es eben im vorigen Jahre bei der Wahlrechtsbewegung gemangelt hat. Von einzelnen Mitgliedern des Parteivorstandes wurde mir gesagt, es werde sich diesmal mit Rücksicht auf die Kostenfrage nicht machen lassen. Die Ausschreibung von Ertragsbeiträgen hatte ich allerdings in dem verarmten Preußen, speziell in Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen, vielleicht auch in einem Teil der Rheinprovinz, jetzt nicht für angängig. Ich war aber der Meinung, daß die Mittel, die heute schon für den geschäftsführenden Ausschuss ausgegeben werden, in Zukunft für den neuen Vorstand verwendet werden können. Mir wurde aber von dem Parteivorstand gesagt, das ginge nicht, weil ihm dazu die Befugnisse fehle, die Süddeutschen und die sächsischen Landesorganisationen würden sich dagegen wehren. Nach den Summationsberichten, die wir gestern von einigen Vertretern der nichtpreussischen Staaten gehört haben, glaube ich allerdings doch, daß sie damit einverstanden sein werden, wenn für Preußen etwas mehr Geld ausgegeben wird, denn es ist sicher, daß die preussische Frage eine deutsche Frage ist. Auf jeden Fall erwarte ich von dem Parteivorstand, daß er schon auf die heutige Anregung hin mit dem geschäftsführenden Ausschuss Veranlassung nimmt, das zu tun, was mein Antrag wünscht. Vielleicht kann das in Verbindung mit der Landtagsfraktion geschehen, die ja heute schon einen großen Teil der Stützpunkt in der Agitation für Preußen bedeutet. Also ich bitte Sie, un-

parteilich an die Prüfung der Sache heranzugehen. Wir erwarten die Anregung von der Zentralfelle. Die Landeskommission soll natürlich in derselben Form bestehen bleiben wie bisher. Sie soll ebenfalls oder noch mehr als bisher bei wichtigen Aktionen zusammenberufen werden, damit der Kampf einheitlich über ganz Preußen geführt werden kann. Wenn Sie meinem Antrage zustimmen, werden wir hoffentlich in zwei Jahren sagen können, daß mehr geleistet worden ist, wie in der hinter uns liegenden Zeit. (Bravo!)

Westkamp - Düsseldorf begründet den Antrag 13. Der Antrag entspricht der durch das Reichsverordnungsgelehrte gedebenten Rechtslage der Frauen und den Beschlüssen des Leipziger Parteitages.

Leip - Berlin begründet im Namen der Wahlvereine für Berlin I und IV, Zeltow-Beeskow, Hannover und Aachen den Antrag 15. Der Antrag stellt kein eigentliches Proportionalverfahren dar, ruft aber die Vertretung auf den Parteitagen ab und ermöglicht auch den schwächeren Organisationen eine Vertretung.

Weis - Berlin: Im Grunde hat Schölich seinen eigenen Antrag prägeden, so daß nichts bleibt, als eine fassbare preussische Spitze. Hinter dem Antrag Schölich schlummert, ihm selbst vielleicht unbekannt, die Depositionierung des deutschen Parteivorstandes und die Schaffung von Reichstags- und Landtagsfraktionen in der Partei. Man spricht vom unpreussischen Jahre 1909; aber daß der Kampf um die Finanzreform auf engem mit der preussischen Wahlrechtsfrage zusammenhängt, ein Ringen der preussischen Junter mit der Sozialdemokratie war, hat die Rede des Herrn v. Seydewitz bewiesen. Man sollte sich nicht verheißeln, noch einen Sekretär im Gesamtparteivorstand an und lehne im übrigen den Antrag Schölich ab. (Beifall und Widerspruch.)

Quare - Frankfurt a. M.: Es wäre ein Kruttszeugnis, wollten wir Reibungen zwischen dem deutschen und preussischen Parteivorstand bestrafen. Es bleibt nur die sachliche Frage, ob es nützlich sei, eine solche Arbeitsteilung vorzunehmen. Diese Frage ist von der großen Masse im Lande längst beantwortet worden. Auf die Form des Breslauer Antrages kommt es nicht an. Ich schlage vor, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen mit der Erklärung, daß der Kern als berechtigt anzusehen sei, daß es aber den Spitzen der Partei überlassen bleiben möge, die richtige Form zu finden, und daß sie dem nächsten Preussentag eine entsprechende Vorlage machen.

Obert - Berlin, Mitglied des Parteivorstandes, bekämpft die Wiederherstellung der Organisationsfrage. Erhältliche Kritiken an geschäftsführenden Ausschuss sind nicht laut geworden. Es geht doch durchaus in Uebereinstimmung mit der Landeskommission, daß im vorigen Jahre der Kampf gegen die Finanzreform in den Vordergrund geschoben wurde. Man wünscht eine rasche Bearbeitung der preussischen Statistik, aber diese ist ja erst in den letzten Tagen erschienen. Eine Parteileitung ist keine Studienkommission, aber sie wird alles tun, um das Material stets bei der Hand zu haben. Ueberweisen Sie die Anträge zum Statut als Material. Wenn der Preussentag noch unter demselben Organisationsstatut zusammentritt, so ist das kein Unfall. (Lebhafter Beifall.)

Darf - Breslau: Ich möchte den Breslauer Antrag Ihrem Wohlwollen empfehlen. Dieser Antrag ist nicht aus Misträuen gegen den Parteivorstand entstanden, und ich muß betonen, daß er entgegen der Art, wie Genosse Weis sich gegen den Antrag wendete, indem er sagte, daß die Statistiken an der Stellung des Antrages mißspielten. Wir meinen, es soll eine Arbeitsteilung stattfinden, der Apparat den wir in Preußen geschaffen haben, ist etwas kümmerlich. Der Parteivorstand setzt sich aus fleißigen Leuten zusammen, aber niemand kann doch für sich und für noch einen anderen arbeiten. Wenn wir uns eine besondere Spitze geben, so wird jedenfalls etwas anderes herauskommen, als wenn der Parteivorstand sich nur ab und zu einmal auch mit preussischen Angelegenheiten beschäftigt. Ich erinnere daran, daß die Reichstagswahlen ja auch vor der Tür stehen, die den Parteivorstand außerordentlich beschäftigen werden. Man sagt, wegen der Reichsfinanzreform müßten die preussischen Fragen zurücktreten. Aber ich erinnere daran, daß man in Sachsen und Baden in derselben Zeit Landtagswahlen hatte. (Obert: Unter dem Zeichen der Finanzreform! - Weitere Purse: Eben wegen der Finanzreform waren sie so leicht!) Briefe allein sind nicht so wertvoll wie unmittelbare Anregungen. Man verweist darauf, daß die Kritik in den „Sozialistischen Monatsheften“ gestanden hat; nun ich würde mich freuen, wenn solche Artikel auch in der „Neuen Zeit“ zu finden wären. Das ist in den Monatsheften standen, kann doch kein Grund sein, sie für unbedeutend zu erklären. Ich bitte also, den Antrag nicht

dem Parteivorstand als Material zu überweisen, sondern ihn bei dem Parteitag in dem Sinne, daß er ihn mit den übrigen Anträgen zu verhandeln hat. Dann wird dem nächsten Preussentag wenigstens eine entsprechende Vorlage gemacht werden. Ueberweisen wir ihn dem Parteivorstand als Material, so ist das nur ein Begräbnis erster Güte, denn der Parteivorstand steht nun einmal auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Organisation die beste ist, die es geben kann.

Vorsitzender Singer verliest einen Antrag Quare, wonach die vorliegenden Anträge dem deutschen Parteivorstand und der preussischen Landeskommission zur gemeinsamen Beratung und zur Berichterstattung an den 4. Preussentag überzuleiten werden sollen.

Weiss - Magdeburg: Im aufgeführten Berlin scheint die Gespensterei so groß zu sein, daß man hinter dem Vorhaben rein sachlichen Anträgen wie dem Antrag Schölich Misträuen gegen den Parteivorstand wittert. Mindestens sollte doch der Antrag Quare angenommen werden.

Vorsitzender Singer: Ich möchte doch bitten, nicht vom Preussentag, sondern vom dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie zu sprechen. Ich glaube, im historischen Sinne würden wir es uns sehr verbitten, als preussische Preußen anzusehen zu werden. (Große Heiterkeit.)

Schölich - Hannover wendet sich gegen den Antrag 27. Sollen wir wirklich nicht glatt abgelehnt. (Zuruf: Absoluten!) Wir können Preußen nicht so ohne weiteres mit kleineren Landesverbänden wie Baden usw. in Vergleich stellen. Zu speziellen Aufgaben wie Materialsammlung usw. brauchen wir keinen besonderen preussischen Parteivorstand. (Zustimmung.)

Leinert - Hannover bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages Schölich. Unsere gegebene Organisation ist die nach dem Statut die beste, die es gibt, den Schwerpunkt nicht in einen Parteivorstand, sondern in eine Landeskommission zu legen, die in ihrer Tätigkeit mit den Bezirken bleibt. Es geht nicht an, jetzt in letzter Stunde so schwerwiegende Änderungen an dem Statut vorzunehmen. (Zustimmung.)

Weis - Berlin: Ich habe in keiner Weise den Antragsteller vorgeworfen, daß die Differenzen hervorgerufen worden, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Antrag Krons vor zwei Jahren eben abgelehnt wurde, um Diskussion zu vermeiden. Durch Anstellung von Sekretären wird man das Material nicht vermehren.

Lebebour - Berlin: Der zweite Antrag Quare ist geteilt. Klare Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und Verwirrungen zu schaffen. Er verheißt Anträge, die nichts miteinander zu tun haben. Die Annahme des Antrages Quare wird denen, die für den Breslauer Antrag eingetreten sind, Gelegenheit geben, zu sagen, der Antrag habe, wenn auch noch nicht Zustimmung, so doch Sympathie gefunden. Dadurch würde Misträuen in die Massen getragen werden. (Widerspruch.) Ich kann mich nur den Ausführungen Leinerts anschließen. Ich bitte um Ablehnung des Antrages Quare sowie der Anträge 13 und 27 und bitte nur den Antrag 15 anzunehmen, der die Abstimmung der Delegation nach Mitgliederzahl auch für den Preussentag einfließen läßt.

Vorsitzender Singer stellt fest, daß Quare erst nach privater Besprechung mit dem Bureau die Anträge 13 und 14 in seinem Antrag aufgenommen habe, der sich ursprünglich nur auf den Antrag 27 bezog.

Genossin Ernst - Berlin: Genossin Weis hat die Sachlage mit dem heutigen Vorwärtsartikel der Meinung, daß es nicht auf Worte, sondern auf Taten ankommt. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn die Landeskommission nicht oft zusammen war, so lag das vielleicht an der Unabkömmlichkeit der Mitglieder. Sie in der dritten Sitzung nicht zu entziehen waren.

Westkamp - Düsseldorf spricht sich gegen den Antrag Schölich aus und nicht den Antrag 13 zu Gunsten des Antrages 15 aus. Die Abstimmung der Delegation nach der Mitgliederzahl ist um so notwendiger, als außer den Berliner Wahlkreisen diesmal kein Wahlkreis mehr als 8 Delegierte gesandt hat.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. In der Abstimmung wird Antrag 15 angenommen, alle anderen Anträge einstimmig des Weiterverhandlungsantrages Quare werden mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Christhammer - Ronsfeld dankt im Namen der Mandatsträger für die materielle und moralische Unterstützung, die ihnen das preussische Proletariat in ihrem schweren Kampf gegen die Despothe der Verherrten gewährt habe. (Lebhafter Beifall.)

Schlusswort. Vorsitzender Singer: Die Arbeiten des Parteitages sind vollendet. Sie haben anregende und reiche Arbeit zu bewältigt.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Entdeckung des Fluges. Wie heißt das Ding, das man so schön, doch nicht der größten Kaiser's Sand? Das Schiller'sche Rästel vom Flug schildert die Bedeutung dieses wertvollsten aller Werkzeuge. Die größten Reiche hat's gegründet, die ältesten Städte hat's erbaut. Wem verdanken wir aber den Flug? Diese Frage kann, wie der bekannte Forscher J. v. Lusch an darlegt, nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Wahrscheinlich hat er sich aus dem mit einem Zielzentrin versehenen Grabstod entwickelt, den wir noch heute ab und zu sogar in Neuseeland und wiederum im östlichen Sudan finden. Es ist nicht unmöglich, daß ein näheres Studium der verschiedenen Formen des Fluges im alten Ägypten uns noch die Zwischenformen liefern wird, vor allem jenes Stadium, in dem auf dem primitiven Grabstod nicht nur eine von oben nach unten wirkende Kraft, sondern auch die Zugkraft eines Zweites - sei es nun Mensch oder Tier - einzuwirken beginnt. Im übrigen gibt es noch heute sehr große Länderpflanz, in denen eine recht ausgedehnte Bodenkultur nur durch einfache Dachbau betrieben wird. So hat im ganzen tropischen Afrika der Flug erst in den letzten Jahren da oder dort durch die europäer Eingang gefunden, während zum Beispiel an der Ostküste, wo doch sonst arabischer und indischer Einfluß seit undenklicher Zeit nachweisbar ist, die Eingeborenen noch immer an ihrem primitiven Dachbau festhalten.

Aus aller Welt.

Der granenvolle Krieg. Nach zweijähriger Abwesenheit in Japan ist der französische Hauptmann Dubal wieder in seinem Heimatlande eingetroffen; im Auftrage der französischen Regierung und mit Genehmigung des Mikado hat er zwei Jahre lang im japanischen Heere Offiziersdienste verrichtet, um die innere Organisation und das Wesen jener Armee zu studieren, die auf den Schlachtfeldern in der Mandchurien blutige Lorbeeren und die Bewunderung Europas errungen hat. Hauptmann Dubal, der ein Jahr lang in Kyoto und ein Jahr in Nagoya in Garnison stand, hat von einem japanischen Offizier eine Schilderung des modernen Krieges erhalten: „Auf dem modernen Schlachtfeld gibt es ein fürchterliches Gefühl, das Gefühl völliger Einsamkeit. Der Tod überfällt einen, ohne daß man ihn sieht. Ein einziges Mal im ganzen Kriege haben wir die Kanonen des Gegners gesehen: das war in der ersten Schlacht. Von da ab töten wir, ohne zu wissen, ob und wen wir töten, und wir töten, ohne zu wissen, von

wo die Kugel kam. Wehe dem, der sich in der Schlacht auf einer ansehend leeren Ebene sehen läßt: aus der Stelle rauft ihn ein Feuerregen hinweg. Alles, was man heute im Kriege sehen kann, ist des Todes. Aber man kämpft mit dem Unsichtbaren, man kämpft mit Schatten. So furchtbar ist die Nervenspannung in diesem Zweikampf, daß man sich nie daran gewöhnt; in der letzten Schlacht ist man weniger kriegsgewohnt als in der ersten.“ Auf die Frage, welchen militärischen Eigenschaften in erster Linie der kriegerische Erfolg Japans zuzuschreiben sei, antworteten die japanischen Offiziere: „Unserer Geduld, der Ausdauer. Der Mann, der heute im Kriege sechs- zehn Stunden aushalten kann, steht über dem, der nur drei Tage erträgt. Und wir können lange aushauern. Unsere Soldaten müssen ganze Tage in einem Schlachtfeld zubringen, in offener Hitze, bei verzehrendem Durst. Sie können eine Woche lang im feindlichen Feuer liegen und am Tage nur um sechs Meter sich vorwärts arbeiten. Man hat viel von dem japanischen Horn gesprochen und von unseren wilden Kriegen. Gewiß, wir haben oft alle unsere Schlachten mit dem Bajonett zu Ende gebracht, aber gewonnen haben wir sie durch die Ausdauer in all dem, was diesem kurzen Augenblick vorausgeht. Gewonnen haben wir sie durch die Geduld, mit der wir ausharreten bis zur Stunde des letzten Angriffs. Sich beim Angriff töten zu lassen, ist nichts. Im Schlachtfeld ausharren zu können, das ist alles.“ Diese Ausdauer, diese Ausdauer im Angriffe ist unverlethliche Regel der japanischen Kriegskunst geworden. Die letzte Phase der großen japanischen Kämpfe währt meist fünf bis sechs Tage; aber meist verstreichen drei Tage, bis die Gegner endgültig fähig nehmen. Es geht nicht über die Nacht, so urteilt Hauptmann Dubal, „mit der ein japanischer Oberst sein Regiment auf dem Parke führt. Sobald er dem Gegner näherkommt, ist seine größte Stärke die Anlage von Reduzieren und Befestigungen. Die Schlachtfelder, die bei den Mandchuren ausgehoben werden, die Befestigungen, die man errichtet, entsprechen genau dem, was der Ernstfall fordern könnte.“

Der Nordpol in Reichs photographischer Aufnahme. Der Bericht über seine Nordpolfahrt, den Nord in Campden's „Maagisch“ zu veröffentlichen beunruhigt, gewinnt ein besonderes Interesse durch die Verabe einer Abbildung, die den Nordpol in einer photographischen Aufnahme zeigt. Das Bild, das sich hier bietet, ist wirklich von dem verstorbenen, das Dr. Cook als Aufnahme des Nordpols entwarf. Man sieht hier nicht die Nordpol, wie bei Cook, sondern Nordpol ist durch Seelen der Schiffe und der Berge zu sehen. Der Nordpol ist durch Seelen der Schiffe und der Berge zu sehen. Der Nordpol ist durch Seelen der Schiffe und der Berge zu sehen.

hat man in freilich allen Orund nach Misträuen, aber wie die Sache zur Zeit steht wird man es für wahrnehmlich halten müssen, daß Nordpol Aufnahme allerdings den Nordpol aber doch wenigstens, da er sich immerhin um Seelen oder selbst Minuten verrechnet haben kann, die Nordpoligkeit wiederbringt.

Ein Geistlicher gegen das Pfaffenstum. Der mehrmalige Oberprocurator Dr. Graue ist kürzlich von seinem Amte zurückgetreten. In Urteilen ist zunächst die geistliche Schwauchheit auch für den Weltionsunterricht befehl worden. Daran knüpfte Graue seine Abkündigung an:

Meinerseits bekenne ich mich besonders streng zu dem weittragenden G. und G. des Geistes, durch den die Seele von der Kirche: wichtiger der Lehrentand von der Verantwortlichkeit durch den Pfarrerstand frei wird. Mander gute Geist mag trauern nicht nur von einer Christenstimmung der Welt im Sinne eines inneren Schicksals geistlicher Stimmung über die Drogen, sondern von einer Verlethung der Welt im Sinne einer äußeren Herrschaft der Kirche als Institution über Staat und Kulturleben. Indessen entzieht dem Leben der Menschheit immer noch die Verantwortlichkeit, sondern die Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Lebensgebiete der Welt. Wie lassen sich dem Gemeinwesen eine Liebe, die nicht dauernd bevorzundet, sondern die, wenn die Zeit erfüllt ist, ihre Pflichten frei läßt, eine freilassende Liebe, die, wie die Erfahrung lehrt, auch der Gottesliebe entspricht. So war für unser Land die Zeit gekommen, der Schule ihre Selbstständigkeit zu geben, und jeder Christ, zumal jeder protestantische Christ, sollte dankbar sein, daß unser Staat den Religionunterricht nicht gleichgültig den Schulen überlassen, sondern ihn selbständig übernommen, und sich dadurch ausdrücklich zu einer religiösen Grundlage seines eigenen Staates bekennt hat. Mogen nun jezt beide Teile, Staatliche und Kirche, Lehrer und Schüler, handlich in die neue Lage sich finden! Ich wünsche von ganzem Herzen und von ganzem Gemüte, daß der Leibel endlich einmal alles Pfaffenstum in allen Richtungen und in allen Schichten holt wolle; den dummeren Unheilbarthümeln also und die damit verbundene Herrschaft und Verantwortlichkeit! Die Welt mag trauern dann auch dadurch bekräftigt fröhlich werden, wenn es wirklich bei uns so etwas wie Dünkel und Verantwortlichkeit schon lange nicht mehr gäbe, wenn jeder unter uns schon lange darauf bedacht gewesen wäre (wie die übrigen daran denken), ganz schlicht mit Welt zu sprechen: Ich bin nicht gekommen, daß ich mir diesen Laie, sondern, daß ich bleib, diese, diese!

Der heimliche Wahn wird natürlich von seinen Standesgenossen als ein laienlicher Wahn angesehen. Ein Brief gegen einen Papst. Gegen den Papst ist ein Brief geschrieben worden. Raylan Schulte soll verurteilt werden.







... Schuhs und Bekleidungsgegenständen vorhanden  
sind — werden die Kinder nie frieren. Nein, eine angenehme  
Wärme wird ihren ganzen Körper durchdringen. Mit geröteten  
Wangen, frohlichen Gesichten und einem regen Appetit kommen  
sie nach Hause. Winterwanderungen sind so recht angetan, den  
Gesundheitszustand der Kinder zu prüfen, sie abzufragen. Aber  
auch für den Geist der Kinder haben diese Wanderungen einen  
bedeutenden Wert. Unauslöschlich sind sicher die Eindrücke,  
welche die winterliche Landschaft mit ihrer Ruhe und Einsamkeit  
auf das Kindergemüt ausübt. Wie wunderbar ist doch der  
Wald im Winter! Lauter geschmückte Weihnachtsbäume stehen  
da auf weißer Schneedecke. Gar prächtig schaut das Dorf aus  
mit seinen Gärten, wo alle Bäume, Büsche und Sträucher mit  
silberglänzendem Raureif überzogen sind. O, wunderherrlich ist  
auch die Natur im Winter, wenn man sie richtig betrachtet in  
ihrem Winterkleid! Freilich, diese Naturbetrachtung kennt der  
größte Teil unserer Volksschuljugend nicht; ebenso versteht sie  
nicht, im Winter zu wandern. — Frisch auf, ihr Bubens und  
Mädchen, heraus ins Freie!

### Der Kampf um die Unfallrente.

In der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterverbesse-  
rung vom 6. d. M. lagen 26 Streitfragen zur Entscheidung  
vor. Daran waren nicht weniger als 10 Berufsgenossenschaften  
beteiligt. Die meisten Fälle wurden, wie gewöhnlich, abgelehnt.  
Die Witwe Karoline Nebelich in Breslau hat um Ge-  
währung der Hinterbliebenenrente für sich und ihre Kinder.  
Ihr Mann ist im Jahre 1900 schwer verunglückt; er erlitt  
einen Beckenbruch und verschiedene andere Knochenbrüche, die  
ihn an jeglicher Arbeit hinderten. Die Bageri-Verufsgenossen-  
schaft bewilligte ihm eine Unfallrente von nur 50 Prozent. Im  
August vorigen Jahres starb der Verletzte im Krankenhaus.  
Die Ärzte konstatierten als Todesursache eine Weirrose, sie  
verneinten jedoch einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Un-  
fall. Es sei hier eine Blutvergiftung eingetreten, die aber auf  
den Verschulden des Verstorbenen zurückzuführen sei. Die  
arme Frau gab an, ihr Mann hätte immer heftige Schmerzen  
in den Beinen gehabt, und so wäre es doch möglich, daß der  
Tod mit der Verletzung in Verbindung zu bringen sei. Das  
Schiedsgericht schloß sich auf die ärztlichen Gutachten und wies  
die Frau mit 100 Prozent ab.

Der Buchbinder Gottfried Seifling erlitt im Betriebe  
Verletzungen an Schulter und Handgelenk, wie auch an der  
Kniekehle. Die Berufsgenossenschaft gewährte ihm eine Rente  
von 30 Prozent, und zwar nur für die Verletzungen an der  
Schulter und der Hand, die Wunden am Knie berücksichtigte sie  
nicht. Nach einer Nachuntersuchung wurde die Rente auf die  
Hälfte herabgesetzt, da die Verletzung eine Besserung des Zustandes  
konstatieren konnten. Damit war der schon bejahrte Mann nicht  
einverstanden. Er behauptete vielmehr, daß sein Zustand noch  
schlimmer geworden sei. Selbst Dr. Stempel gab zu, daß  
das Handgelenk völlig versteift ist. Auch konnte sich der Arzt über-  
zeugen, daß noch eine schwere Geschwulst am Knie vorhanden  
ist. Der alte Mann beteuerte, daß die Verletzung an der  
Kniekehle auch vom Unfall herrührt, daß die Berufsgenossen-  
schaft im Unrecht ist, diese Verwundung nicht anzuerkennen und  
zu entschädigen. Seifling behält seine 30 Prozent.  
Dem Weber Richard Seidelmann in Langen-  
sleisau sollte die bisher bezogene Rente von 25 Prozent für  
einen Unfall vollständig entzogen werden. Seidelmann ist zwi-  
schen zwei heiße Zylinder geraten und hat sich den Rücken ver-  
brannt. Auch hier wollen die Ärzte eine Besserung feststellen  
haben. Der entzündete Rücken zeigte aber noch große Brand-  
narben. Die Rente wurde ihm bis auf weiteres belassen.  
Der Arbeiter Pechan in Breslau hat vor elf Jahren  
eine Handverletzung erlitten, für die er eine Rente erhielt. Er  
wollte jetzt eine höhere Rente haben. Ein solches Verlangen  
war vollständig aussichtslos, da wieder eine Verschlimmerung  
eingetreten ist, noch der Kläger ein ärztliches Attest beigebracht  
hatte. Der Mann hatte sich an einen Rechtskonsulenten  
gewandt, dieser hat ihm bezweifelnd seine Frau  
12 Mark abgenommen, wie der Verletzte erklärte, und ihm  
wahrscheinlich gesagt, er müsse eine höhere Rente verlangen.  
Der Vorsitzende, Gehheimer Regierungsrat Daus, teilte  
mit, daß er diesen Betrüger der Staatsanwaltschaft  
übergeben habe. Wir können diesen Schritt nur billigen. Ein  
Mann, der von dem Versicherungswesen keine Ahnung hat, rehet  
den Arbeitern etwas vor, worauf sie gewöhnlich hereinfallen.  
Diese Kermis geben ihre letzten Groschen hin in der Hoff-  
nung, es wird ihnen geholfen werden. Dann aber sind sie  
enttäuscht. Solchen Ratgebern muß das Handwerk gelegt  
werden.

### \* Die Breslauer Gemeindesteuern für 1910

werden natürlich wieder höher sein als im jetzt zu Ende-  
gehenden Steuerjahr. Der Magistrat schlägt der Stadtver-  
ordneten-Versammlung vor, die Zuschläge wie folgt zu be-  
messen:

Einkommensteuer	170 %	bisher	164 %
Gewerbesteuer	194 %		188 %
Grundsteuer	3,85 %		3,55 %

Ob es der Stadtverordneten-Versammlung noch gelingt,  
1 oder 2 Prozent davon abzuhandeln, das spielt natürlich  
keine Rolle. Dagegen legt obige Veranlagung voraus, daß  
die übrigen Steuervorlagen des Magistrats mit einem Er-  
trage von etwa 2 Mill. Mark zur Annahme gelangen. Ge-  
schieht das nicht — und wir zweifeln daran — dann wird  
die obige Staffelfung noch eine Erhöhung erfahren.

### \* Eine Prophezeiung über das Ende der Militärherrschaft.

Se enwärtig tagt in Breslau eine  
„Mission-Konferenz“, aus deren Anlaß fünf öffentliche  
Vortrags-Abende veranstaltet werden. In dem ersten dieser  
Abende, der gestern im Saale der Lesing-Loge abgehalten  
wurde, sprach ein Missionsprediger Herr Conradt über  
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Lichte der  
Weltgeschichte. Ein durchaus religiöses Thema, das Herrn  
Conradt aber, so mystisch er es auch behandelte, trotzdem  
zu recht interessanten Ausfällen verleitete. So hält er es  
unter anderem bezüglich der Vergangenheit mit dem ge-  
sunden Menschenverstande nicht vereinbar, daß der Mensch  
tierischen Ursprungs sein soll (was ja für einen Prediger  
übrigens nichts Uhoherliches ist). Die Weltgeschichte ist  
für ihn nur ein Buch von Legenden, Sagen und Mythen,  
nur die Bibel ist für ihn „miserable Wahrheit“. Am inter-  
essantesten jedoch wurde er bei dem Kapitel „Gegenwart  
und Zukunft“, wobei er unser heutiges waffenkündendes  
Europa mit einst bestehenden Weltreichen verglich, die in  
sich selbst zusammenfielen. „Was wird geschehen mit den  
zehn Reichen der heutigen Welt, England, Frankreich,  
Deutschland usw.“ ruft Herr Conradt aus. „Mil-  
lionen und aber Millionen von Sol-  
daten stützen ihre Macht. Überall, über  
Wassergelände und Soldaten. Eine  
Stadt voller Waffen! Ein Zeichen da-  
für, daß wir in der Zeit der Weltherr-  
schaft leben und daß es mit diesem eise-  
nen Rolo aufstürzenen Süden bald ein-  
malen ...“

Worte auch klingen, so interessant sind sie aus dem Munde  
eines Pastors. Herr Conradt, der in seiner Eigen-  
schaft als Missionar die meiste Zeit seines Lebens unter  
den Wilden in Afrika zubringt, scheint sich in dem waffen-  
kündenden Europa jedenfalls unbehaglich zu fühlen, und  
so ist es ihm wahrhaftig nicht zu verzeihen, wenn er sel-  
nem Herzen einmal Luft macht. Außerdem aber hat er  
nicht so unrecht. „Fast hat es den Anschein, als lebten  
wir in der Zeit der römischen Kaiser!“ sagte Vöbel im  
deutschen Reichstage 1903, aus Anlaß der Militärverlage,  
wobei es sich insbesondere um 20.000 Mark Kurfürstentum  
handelte, die das Kaisermandat in Elsaß-Lothringen ver-  
ursacht hatte. Sollte Herr Conradt ein Ahrchen von  
dieser Wahrheit auch begreifen haben?

### \* Für den Werkstattearbeiter Sonntags im Laden des Arbeitgebers beschäftigt werden?

Diese Frage hat der Handelsminister jüngst in einem Erlass an  
die Regierungs-Präsidenten bejaht und damit leider die  
Sonntagsruhe vieler Arbeiter und Arbeiterinnen be-  
deutend verkürzt. Der Handelsminister erlaubt es, daß  
Personen, die Wochentags in der Werkstatt ihres Arbeit-  
gebers arbeiten, Sonntags während der für das  
Handelsgewerbe freien Stunden im Handelsgewerbe  
desselben Arbeitgebers tätig sind. Es handelt sich dabei  
hauptsächlich um das Gewerbe der Buchmacherei, Putzmacherei,  
Blumenhändler, Uhrmacher, Fleischer, was es üblich und nicht  
gut zu vermeiden sei, daß auch Sonn- und Feiertags an den  
Verkaufsgegenständen zur Befriedigung des Publikums ge-  
wisse geringfügige Abänderungen und Reparaturarbeiten  
auf der Stelle, womöglich im Laden selbst, gemacht werden.  
Es ist richtig, daß solche Arbeiten von der Rechtsprechung  
als Beschäftigung im Handelsgewerbe angesehen und für zulässig  
betrachtet werden. Aber damit ist nicht gesagt, daß nun gewerb-  
liche Arbeiterinnen, die Wochentags in der Werkstatt  
tätig sind, mit diesen Arbeiten beschäftigt werden dürfen;  
sie herzustellen ist vielmehr Sache der Handlungsgehilfen und  
Gehilfinnen. Nachdem aber der Handelsminister anders  
entschieden hat, wird es Aufgabe des Reichstages sein, seinen  
Durchführungen der Sonntagsruhe einen festen Niegel vor-  
zuschreiben.

### \* Gegen den Loh- und die Uebervorteilung des Publikums beim Handel mit Rämien- und Serien- Losen beabsichtigt die preussische Regierung jetzt ernstlich vorzugehen.

Ein Gesetzentwurf, der anscheinend unter Mit-  
wirkung der preussischen Lotteriedirektion ausgearbeitet wurde,  
liegt bereits vor und wurde mehreren Handelskammern zur  
gutachtlichen Aeußerung zugestellt. Es wird nach der „Frank-  
furter Ztg.“ beabsichtigt, den Entwurf alsdann schon bald  
dem Landtage vorzulegen, damit das Gesetz bereits am  
1. April d. Js. in Kraft treten kann.

### \* Gegen die Wohlthätigkeits-Schnorrerei.

Gegen den großen Unfug, der darin besteht, daß von den Geschäften  
Waren, die Millionen im Werte haben, zu Wohlthätigkeits-  
veranstaltungen für Tombolas und Bazare zusammen-  
gescharrt werden, macht die Geschäftswelt nun endlich  
Front. In einer Versammlung des Verbandes der Ber-  
liner Spezialgeschäfte ist eine Kommission gewählt worden,  
die Vorschläge für eine Reform zu machen hat. Die Ge-  
schäftsleute empfinden diese Schnorrereien um Geschenke, die  
von den verschiedenen Vereinen ausgehen als eine ungemein  
drückende Last. Man berechnet, daß manche Firmen dadurch  
Verluste erlitten, die viele Tausende umfassen. Besonders  
stark beteiligt sind daran die Firmen in der Parfümerie, in  
der Bijouterie und in der Nahrungsmittelbranche. Auch  
Kunsthandlungen und Buchhandlungen wurden arg geschädigt.  
Bei der un-emein großen Zahl von Wohlthätigkeitsvereinen  
und Gesellschaften ist es dem einzelnen unmöglich zu unter-  
suchen, ob seine Gaben immer an die richtige Stelle kommen.  
Es gibt eine ganze Reihe von Vereinen, die die Wohlthätig-  
keit als Deckmantel benutzen, um Geschäfte zu machen. Die  
Tombolaspenden werden oft direkt verkauft oder es werden,  
wie das auf einem großen Fest vorgekommen ist, Meilen  
unter die Tombolazummern gemischt, so daß die Käufer ge-  
prellt werden. Wegen der Affäre, die in den Ausstellung-  
hallen am Zoologischen Garten in Berlin vorgekommen ist,  
schwebt zur Zeit eine Untersuchung. Ein anderer trasser  
Fall ist jüngst einer großen Berliner Firma passiert, die sich  
verpflichtet hatte, für wohltätige Zwecke Braten zu stiften.  
Hier haben die sogenannten Ehrenbraten es durchgezogen, daß  
die gespendeten Bratenstücke nicht an die Adresse des Ver-  
eins, sondern an ihre eigenen gelangten. Eine direkte Ab-  
kehrung der Spenden für wohltätige Zwecke wollen manche  
Firmen nicht vornehmen, weil sie fürchten, dadurch in ein  
schlechtes Licht zu kommen. Es bleibt also schließlich nur  
der Weg übrig, den man in Rixdorf beschritten hat, eine  
Zentralisation der Wohlfahrtseinrichtungen unter Leitung von  
städtischen Beamten.

### \* Wie wenig sich die Polizei auf dem Lande halten lehrt aufs neue eine Verhandlung vor dem Schöffengericht.

Nach § 3 der Schöfflichen Oberpräsidial-Verordnung vom  
1. September 1906 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, muß  
jedes Automobil mit einer eintönigen Guppe zur Abgabe der  
Warnungssignale versehen sein. Diese Bestimmung ist durch den  
Erlass der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten  
vom 13. Juli 1907 dahin ergänzt und ausgelegt worden, daß  
nur Guppen, welche verschiedene aufeinander folgende Töne her-  
vorbringen, verboten, die sogenannten Affordhuppen aber, welche  
gleichzeitig zwei Affordtöne angeben, gestattet sein sollen.  
Solch eine Affordhuppe ist ein trompetenähnliches, mit dem  
Kraftwagen nicht verbundenes Instrument, das von dem Wagen-  
führer selbst oder von einem Begleiter geblasen werden kann.  
Erfahrung Automobilfahrer geben dieser ihres viel helleren und  
durchdringenderen Tones wegen den Vorzug vor der eintönigen  
Guppe. Die unteren Polizeibehörden scheinen aber,  
so heißt es in dem Bericht der „Breslauer Zeitung“, von dem  
Ministerialerlass noch keine Kenntnis zu haben, denn  
es werden fortwährend Anzeigen wegen Gebrauch der Afford-  
huppe erstattet. Ein hiesiger Herr, der auf Grund einer solchen  
Anzeige einen Strafbefehl über 1 Mark erhalten hatte, wollte  
das Prinzip wegen die Sache durchsetzen und erhob Einspruch.  
Das Schöffengericht, dem er auf seinem Instrument den Afford-  
schmetternd vorblies, erkannte selbstverständlich nach Einsicht des  
Ministerialerlasses auf Freisprechung. Nachdem trotz der Bun-  
desrats-Entscheidung das ganze Reich gültige Fahrordnungen für Kraft-  
fahrzeuge erlassen, durch welche jedenfalls auch die Guppenfrage  
geregelt werden wird.

Für jeden gewöhnlichen Staatsbürger gilt der Satz: Un-  
kenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht. Der nicht polli-

... nungen, aus Auslegungen, aus Veränderungen der Besetze  
kennen: Nur die Polizei kann sich den Luxus des Nichtwissens  
gestatten. Die Folgen sind dann hier wie auf anderen Gebieten:  
Ueberrückige, lächerliche und nutzlose Anzeigen, Prozesse und  
Kosten. Und der Steuerzahler ist der Dumme dabei.

\* Das Blatt des Pastors Ritsche wird in  
seiner Sucht, mit unwahren Behauptungen der Sozialdemo-  
kratie zu schaden, immer mehr zum Blizblatt. Die  
rapide Abnahme der Zahl der Abonnenten hat eine  
rapide Abnahme der geistigen Kräfte seiner „Re-  
dakteure“, vor allem seines polternden Chefs, zur Folge.  
Heute bringt es das Blatt gar fertig, zu behaupten, die  
Sozialdemokraten wollten alle Laiken dem Staate aufbürden,  
aber Steuern wolle ihm niemand geben. Das sagt der-  
selbe Ritsche, der selbst in Wort und Schrift die Erbschafts-  
steuer abgelehnt und geholfen hat, die Reichen vor dem Zahlen  
zu schützen. Lustig, nicht wahr? In einer anderen Notiz  
behauptet er, in einem süddeutschen Orte hätten unsere Ge-  
noßen den Lehrern anstatt 750 nur 600 M. Ortszulage be-  
willigt und fügt hinzu:

„Auch in Breslau hat in der Stadtverordnetenversamm-  
lung ein Sozialdemokrat zwar eine schöne Rede für die Lehrer  
gehalten, aber keinen Antrag auf Erhöhung der Ortszulagen  
gestellt.“ Nein, denn das tat der Pastor Ritsche,  
weil er sich gern in der Rolle des guten Kerls  
sieht und weil man in der Opposition sich gern als  
Freund der Hilfsbedürftigen ausspielt. Daß der Sozial-  
demokrat ausdrücklich in seiner Rede erklärte, nur des-  
halb keinen Antrag zu stellen, weil ja die Lehrer selbst  
nicht mehr haben wollten, das hat man zwar in der Tagungs-  
sprache noch nicht verschwiegen, aber — gegen die Sozialdemo-  
kraten ist eben jede Kampfesweise erlaubt. Man muß  
schon Theologie studiert haben, um in so heftiger Gelassen-  
heit die Wahrheit erdroffeln zu können!

### \* Eine Dienstmädchen-Versammlung ist eine politische Versammlung.

So hat jetzt auch das Land-  
gericht Breslau entschieden. Die Berufung des ehemaligen  
Arbeiter-Sekretärs Peterhanfel, der wegen Veranstaltung  
einer unangemeldeten Dienstmädchen-Versammlung zwanzig  
Mark Strafe zahlen sollte, hat es verworfen  
und nur die Strafe auf drei Mark herabgesetzt. Selbstver-  
ständlich war die Versammlung nicht politisch, und auch  
das Urteil des Landgerichts ändert daran nichts. Aber die  
sonstigen Erklärungen der Minister über die Auslegung des  
Reichsvereinigungsgesetzes gelten in Breslau eben nicht.

\* Achtung, Stukkateure! Die Organisationsleitung sah sich  
veranlaßt, über den Betrieb des Unternehmers Wilhelm Kol-  
schmeider für den auch seine Ehefrau Bertha Kolshmeider  
zeichnet, die Spexre zu verhandeln. Der Unternehmer hat ein Ver-  
bot erlassen, das mit unserem Tarif im argen Widerspruch  
steht. Durch unerhörte persönliche Treiberei sucht er die Leistung-  
fähigkeit des Eingekerkerten auf das Höchste zu schrauben, um recht viel  
Profit zu erzielen. Bisweilen schreit er auch vor der Anbrohung  
von Tätlichkeiten nicht zurück. Auch dem stellvertretenden Vorsitzenden  
versprach er derartige Fährlichkeiten, wenn er sich in seine Werkstatt  
wagen sollte. Der Mann fühlt sich augenscheinlich als Herrliches und  
dlaubt als solcher nicht nötig zu haben, die Vereinbarungen der  
Ordnung zu beachten. Wir wollen ihm Zeit lassen, bis er zur  
besseren Einsicht kommt. Jeder Kollege betrachte es als eine Ehren-  
pflicht, diesen Unternehmer zu meiden. Der Betrieb ist solange ge-  
sperrt, bis unser Tarif anerkannt wird. Lebt Solidariät!  
Die Ortsverwaltung.

\* Jammervolle Zustände herrschen auf dem Neubau der  
Baugonfabrik in Klein-Rochberg. Die Eisenkonstruktionen der Arbeiter  
werden von der Firma Benschelt-Gümbel und die Oberlicht-  
fenster von der Firma Leuchter-Kafer-Müller a. M. herge-  
stellt. Die leitenden Monteur beider Firmen beabsichtigen die Arbeiter  
in der unangenehmsten Weise. Beleidigende Redensarten in nicht  
wiederwiederholender Art werden den Arbeitern entgegen geschleudert und  
bei dem geringsten Widerspruch wird ihnen das Geiseln der Arbeits-  
lohn seit entgegengehalten. Ohne eine Schutzvorrichtung oder einen  
Fangdraht müssen die Arbeiter wie die Knecht auf den mehr als  
20 Meter hohen und in den meisten Fällen nackten Eisenkonstruktionen  
herumklettern, und als sich die Arbeiter über die Gefährlichkeit der  
Arbeit beschwerten, schauerte sie der Monteur Decker mit den Worten  
an: „Ach was, Ihr seid ja gewunden zu arbeiten und wenn es Euch  
nicht paßt, da schmeißt ich Euch raus.“ Hier ist es wirklich Not,  
daß von Seiten der Baupolizei für einen besseren Bau-  
arbeiterchutz gesorgt würde. Auch Sonntags werden die  
Arbeiter gezwungen zu arbeiten, sogar am 2. Weihnachtstierstag wurde  
fleißig gearbeitet, ohne daß die Polizei etwas gemerkt hätte. Aufschlag  
auf Uebertunden ist bei der Firma Leuchter-Kafer-Müller die Arbeiter  
müssen froh sein, wenn nach stundenlangem Warten sich der Monteur  
Eckhard des Sonnabend zum Vornahmer bemüht. Die Arbeits-  
papiere der Arbeiter werden nach Mühsal geschickt, verläßt ein Ar-  
beiter aus irgend einem Grunde die Arbeit, so muß er tagelange auf  
seine Invalidenkarte warten.

Das sind Zustände, welche verdienen an die Öffentlichkeit ge-  
bracht zu werden, vor allen Dingen aber erwarten wir von der Bau-  
polizei, daß sie sich in der Zukunft die dort herrschenden Verhältnisse  
näher betrachtet.

\* Verein Arbeiterpresse und Unerschütterungs-Verein-  
igung. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Abrechnung bis  
15. Januar 1910 erfolgt sein muß.  
Robert Herrmann, Kassierer.

\* Von den „Freien Stunden“, der beliebten Wochenschrift,  
erzählt ausführlich ein Prospekt, welcher der heutigen Auflage der  
„Vollmacht“ beigelegt wird. Wir bitten unsere Leser, den Prospekt  
eifrig zu lesen und seinen Wünschen, soweit es geht, nachzukommen.

\* Die Aufsichtsbüro auf den öffentlichen Tanzplätzen  
ist in Dresden seit einiger Zeit den Saalhabern über-  
tragen worden. Die Saalwirte haben geeignete Personen  
zu stellen, die für die Aufrechterhaltung der Ruhe und  
Ordnung auf den Tanzplätzen Sorge zu tragen haben. Die  
Kriminalpolizei sucht die Tanzplätze nur noch gelegentlich  
auf. Mehrere Saalhaber-Bereine der Dresdener  
Umgebung haben nun Schritte an die Amtshauptmannschaften  
gerichtet, auch auf den Tanzplätzen dieser Orte die ständige  
vollständige Aufsicht anzubringen. Infolgedessen beabsichtigt sich  
der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Außstadt mit  
dieser Angelegenheit. Es wurde dabei festgestellt, daß eine Anzahl  
Saalhaber-Bereine sich für und eine Anzahl weiterer Vereine gegen  
die Aufhebung der Polizeiaufsicht auf den Tanzplätzen ausgesprochen  
haben. Die letztgenannten Vereine haben ihren ablehnenden Standpunkt  
damit begründet, daß auf dem Lande die Polizei nicht so schnell her-  
gerufen werden könne wie in der Stadt, wenn es zu irgendwelchen  
Tätlichkeiten auf den Tanzplätzen kommen sollte. Der Bezirksausschuß  
beschloß die Aufsichtsbüro auf den öffentlichen Tanzplätzen zunächst  
in den Gemeinden Deuben, Postzettel, Döhlen und Rabenau ver-  
suchsweise auf ein Jahr den Saalwirten selbst zu übertragen und  
sich dann über die Erfahrungen Bericht erstatten zu lassen.

\* Ein Landlehrer, der nicht Ochsmanz heißen will.  
In den Zeitungen wird mitgeteilt: Dem Pater Carl Ochsmanz  
in Schmidts Kreis, dessen Ehefrau Verba, geborene  
Kollach, und deren Kinder, Rudolph, Maria, Otho, August,  
Konrad, Elisabeth, Karl und Charlotte ist von der kaiser-  
lichen Regierung die Ehrenbürgerschaft erteilt worden. Den Namen Ochs-



